



Die Österreichischen Freiheitsbataillone in der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee 1944/45

MANFRED MUGRAUER

Vor 80 Jahren, im November 1944, wurde im befreiten slowenischen Partisanengebiet das erste von insgesamt fünf österreichischen Freiwilligenbataillonen im Verband der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee gebildet. Die Aufstellung von fünf Freiheitsbataillonen war der Höhepunkt der KPÖ-Strategie, einen eigenständigen bewaffneten Beitrag zur Befreiung Österreichs vom Faschismus zu leisten.

Vorrangiges Ziel der KPÖ war die Formierung einer möglichst breiten nationalen Widerstandsbewegung gegen die deutschen Besatzer. Bereits im Aufruf vom 13. März 1938, den die KPÖ unmittelbar nach dem „Anschluss“ Österreichs veröffentlicht hatte, rief die Partei zum Widerstand gegen die „fremden Eindringlinge und ihre Agenten“ auf.¹ Im Kampf um ein unabhängiges Österreich trat die KPÖ für eine „Volksfront“ aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte ein. Als konkrete Gestalt einer solchen Volksfront orientierte die Partei ab 1941/42 auf die Formierung einer „Österreichischen Freiheitsfront“ (ÖFF). Am 22. Oktober 1942 wurde schließlich vom in Moskau stationierten Sender „Freies Österreich“ über die Bildung einer solchen Freiheitsfront berichtet, die zum bewaffneten Widerstand gegen die deutsche Fremdherrschaft aufrief.² Um die propagandistische Wirksamkeit zu erhöhen, wurde von der Gründungskonferenz der ÖFF im Sinne einer illegalen Zusammenkunft von 40 Vertretern verschiedener politischer Richtungen, sozialer Schichten und aus allen Bundesländern – etwa eines steirischen Bauern, eines Tiroler Pfarrers, eines Wiener Metallarbeiters, eines Lehrers aus Salzburg oder eines Professors aus Wien – berichtet.

Als Hauptaufgabe der ÖFF wurden die Bildung von Kampfgruppen und die Ausweitung des Widerstands zum nationalen „Volkskrieg“ gegen Hitler formuliert. Ab 1943/44 dominierten Aufrufe zum Partisanenkampf, zur Sabotage in

den Rüstungsbetrieben, zur Desertion aus der Wehrmacht und zum Überlaufen zu den Alliierten oder zu den Partisanen die gesamte ÖFF-Propaganda. Nach der Moskauer Deklaration vom November 1943, in der die alliierten Mächte von Österreich einen eigenständigen Beitrag zu seiner Befreiung forderten, wurde diese Erklärung zu einem zentralen Bezugspunkt der ÖFF: Unter Berufung auf die Moskauer Deklaration wurde die besondere Verantwortung der ÖsterreicherInnen hervorgehoben, durch eine bewaffnete Widerstandsbewegung die durch die Teilnahme am Hitlerkrieg aufgeladene Mitschuld zu kompensieren.

Vor diesem Hintergrund wurden ab 1943 die praktischen Bemühungen intensiviert, durch bewaffnete Kampfgruppen eine breite Volkserhebung zum Sturz des Hitlerfaschismus zu initiieren. Im slowenisch-kärntnerischen Grenzgebiet operierten bereits seit 1941/42 einzelne Partisaneneinheiten im Verband der slowenischen Befreiungsfront (*Osvobodilna fronta* – OF). Im Herbst 1943 erfuhr der antifaschistische Widerstandskampf in der Steiermark eine qualitative Steigerung, formierte sich doch im obersteirischen Industriegebiet die Partisanengruppe Leoben-Donawitz als Einheit der ÖFF. Sie verübte im Jahresverlauf 1944 mehrere Anschläge auf Eisenbahnanlagen und war in Gefechte mit Militär und NS-Einheiten verwickelt. Ab August 1944 wurden 500 Personen, die mit der Gruppe in Verbindung standen, verhaftet. Im sowjetischen Exil wiederum wurde die „Kampfgruppe Steiermark“ in der Stärke von 24 Mann gebildet, zumeist Februar- und Spanienkämpfer, die nach einer militärischen Ausbildung im Juni 1944 mit dem Fallschirm auf slowenischem Gebiet abgesetzt wurden und 1944/45 im Gebiet der Sau- und Koralpe operierten. In der letzten Kriegsphase schlossen sich auch zahlreiche Deserteure dieser ÖFF-Einheit an. Anfang Mai 1945 befreite die „Kampfgruppe Steiermark“

die weststeirischen Orte Schwanberg und Deutschlandsberg. Der weitreichendste Versuch der KPÖ, mit bewaffnetem Widerstand einen eigenen Beitrag zur Befreiung Österreichs zu leisten, war die Formierung der fünf österreichischen Freiwilligenbataillone ab November 1944.³

Hauptorganisator Franz Honner

Die Planungen für einen österreichischen Stützpunkt im jugoslawischen Partisanengebiet, um von dort eine Verbindung ins Land zu schaffen und Partisanengruppen zu organisieren, gehen auf Ende Oktober 1943 zurück. Entsprechende Vorschläge der KPÖ wurden zu diesem Zeitpunkt von Georgi Dimitroff genehmigt.⁴ Dimitroff fungierte bis zur Auflösung der Kommunistischen Internationale im Juni 1943 als deren Generalsekretär, danach war er als (stellvertretender) Leiter der Abteilung für Internationale Information (OMI) beim ZK der VKP(b) zentraler Ansprechpartner für die Moskauer Exilführung der KPÖ. Erste Verhandlungen über eine eigenständige österreichische Kampfseinheit fanden im April 1944 statt, als eine jugoslawische Militärmission in Moskau eintraf, um mit dem Oberkommando der Roten Armee über weitere militärische Aktionen gegen die Hitler-Armee zu sprechen. Mitglieder des ZK der KPÖ nutzten diese Gelegenheit, um mit ihr konkret über die Aufstellung eines österreichischen Bataillons im Rahmen der Volksbefreiungsarmee zu beraten. Dabei wurde eine Übereinkunft darüber erzielt, eine Gruppe österreichischer Antifaschisten in das slowenische Partisanengebiet einzufliegen und möglichst nahe zur österreichischen Grenze eine Base zu errichten.⁵ Am 8. Mai 1944 wurde bei einer Aussprache der KPÖ-Führung mit Dimitroff die Entsendung von Franz Honner nach Jugoslawien beschlossen.⁶

Franz Honner gehörte seit den 1920er Jahren der Parteiführung an und hatte sich bereits im Spanischen Bürgerkrieg



Das 1. Österreichische Freiheitsbataillon in Tribuče im November 1944

als Organisator des österreichischen „12. Februar-Bataillons“ bewährt.⁷ Mit Hilfe der Sowjetregierung wurde er im Juli 1944 nach Slowenien geflogen, wo er mit zwei Begleitern (Franz Gebhard und Ferdinand Gotthardt) über Črnomelj, südlich von Ljubljana, im Gebiet der Bela krajina mit dem Fallschirm absprang.⁸ In Črnomelj befand sich der Sitz der zivilen Partisanenverwaltung, wo nun auch ein österreichisches Zentrum errichtet wurde. Anfang Oktober 1944 folgten aus der Sowjetunion 20 weitere Österreicher, darunter mit Friedl Fürnberg und Franz David zwei führende Funktionäre der KPÖ, zahlreiche ehemalige Spanienkämpfer und auch eine Frau, Auguste („Gusti“) Sameck (später Hölzl), die als Funkerin ausgebildet war.⁹

Die entscheidenden Weichenstellungen zur Bildung eines österreichischen Bataillons fanden in Gesprächen mit Vertretern der Kommunistischen Partei Sloweniens am 16. und 30. Oktober 1944 statt. Beschlossen wurde, dass jeder Österreicher ein „Angehöriger des österreichischen Bataillons“ werden könne, der bereit sei, „mit der Waffe in der Hand für die Befreiung Österreichs von der deutschen Okkupation zu kämpfen und sich freiwillig der Disziplin der slowenischen Freiheitsarmee unterstellt“. ¹⁰ Es begann nun die Anwerbung von Freiwilligen aus zwei Gruppen von Österreichern: Antifaschisten, die zu den slowenischen Partisanen geflüchtet waren und die teilweise bereits in deren Einheiten kämpften, sowie österreichische Kriegsgefangene der deutschen Wehrmacht, die in jugoslawischen Lagern einsaßen. Federführend bei den

Werbeversuchen unter Kriegsgefangenen waren Franz David und Max Bair. Gewiss war für viele der Kriegsgefangenen eine nicht unwichtige Motivation, der Gefangenschaft zu entkommen, aber sie waren auch dafür zu gewinnen, für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs erneut zur Waffe zu greifen.

Dušan Pirjevec-Ahac, Sekretär der Gebietsleitung der KP Sloweniens für Kärnten, der an den Besprechungen im Oktober teilgenommen hatte, fungierte als „Referent für österreichische Fragen beim Stab der IV. Zone“ und organisierte die Sammlung der österreichischen Freiwilligen, deren Aufnahme in das Bataillon von Franz Gebhard im Stützpunkt Ljubno nahe der Kärntner Grenze bestätigt wurde.¹¹ In Tribuče, einem Dorf in der Nähe von Črnomelj, wurde eine zweite Sammelstelle errichtet, wo sich bis November etwa 100 Kämpfer einfanden, die militärisch auf den Partisanenkrieg vorbereitet und politisch geschult wurden.

Formierung im November 1944

Am 4. November 1944 richtete eine 63 Mann starke Gruppe österreichischer Kriegsgefangener, die sich „Österreichisches Partisanenbataillon“ nannte, ein Schreiben an das Oberkommando der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee, in dem darum gebeten wurde, „als kämpferische Einheit in die Jugoslawische Volksbefreiungsarmee aufgenommen zu werden, um Schulter an Schulter mit den freiheitsliebenden Völkern den Deutschen Faschismus vernichten helfen zu können“. ¹² Auf Grundlage dieser Erklärung wurde ein Komitee aus antifaschistischen Freiwilligen und Vertre-

tern der Kriegsgefangenen gebildet, das sich am 23. November 1944 an den Hauptstab der nationalen Befreiungsarmee Sloweniens wandte, mit der Bitte, eine österreichische Einheit zu formieren. Diesem Komitee gehörten Max Bair (Bauer, Tirol), Roman Füchsel (Schlosser, Linz), Anton Schober (Bauer, Steiermark), Johann Truppe (Bauer, Kärnten), Leo Breiningner (Eisenbahner, Wien) und Peter Tatschl (Arbeiter, Kärnten) an. Bereits tags darauf erfolgte die positive Antwort, und es wurde der Befehl erteilt, ein Bataillon zu bilden.¹³

Zur Koordinierung waren der Einheit slowenische Verbindungsoffiziere (Jože Zaletel-Cene, Boris Butina und Leopold Lesnik-Friedl) zugeteilt, die militärischen Kommandanten und politischen Kommissare waren aber österreichische Kommunisten. Die Kommandosprache war deutsch, die Kämpfer trugen österreichische Symbole. Zum ersten Kommandanten des österreichischen Bataillons wurde der Spanienkämpfer Max Bair bestellt, ein ehemaliger Tiroler Bauer, der 1937 seine Kühe verkauft hatte, um sich mit dem Erlös seine Fahrt nach Spanien zu finanzieren.¹⁴ Er wurde Anfang Dezember 1944 von einem Provokateur mit einer Maschinengewehrpistole schwer verwundet und hierauf vom Floridsdorfer Schutzbündler und ehemaligen Interbrigadisten Leopold Stanel abgelöst. Politikommissar des Bataillons war zunächst der Linzer Schutzbündler und Spanienkämpfer Roman Füchsel, der aus der „Kampfgruppe Steiermark“ ins Bataillon gewechselt war, bzw. nach dessen Verwundung im März 1945 Franz Gebhard, Leutnant im Spanienkrieg, der seit Juli 1944 im Auftrag von Honner illegal in Kärnten gearbeitet und Verbindungen mit den slowenischen Partisanen geknüpft hatte.

Am selben Tag, dem 24. November 1944, fand auf einer Wiese in der Nähe von Tribuče eine kleine Gründungsfeier statt, an der auch höhere Offiziere und Vertreter des Generalstabs der Volksbefreiungsarmee und der Partisaneneinheiten Sloweniens teilnahmen, unter ihnen General Jaka Avsič, der nach der Eröffnungsrede von Honner eine Ansprache hielt.¹⁵ Hierauf legten die Kämpfer den feierlichen Treueeid ab, der wenige Wochen zuvor im Moskauer Exil von Ernst Fischer entworfen worden war und mit den Worten „Tod dem Faschismus! Freiheit dem Volke!“ schloss.¹⁶ Damit war die erste bewaffnete österreichische Einheit seit der Auslöschung des Landes im März 1938 gegründet,

was vom „Sender Österreich“ als „wahrhaft geschichtliches Ereignis im Prozess der Wiedergeburt eines freien demokratischen Österreich“ gewertet wurde.¹⁷

Feuertaufe bei Jama

In Summe gehörten vom November 1944 bis zu seiner Ankunft in Wien im Juni 1945 etwas mehr als 160 Kämpfer dem 1. Österreichischen Bataillon an.¹⁸ Gleichzeitig waren wohl nie mehr als etwa 100 Kämpfer im Bataillon.¹⁹ Der sozialen Zusammensetzung nach überwogen im 1. Bataillon bei weitem die Bauern, während der Einheit nur wenige Arbeiter angehörten. Das Durchschnittsalter lag über 40 Jahre.²⁰ Franz David, der seit 1928 als Arzt in der Sowjetunion arbeitete und 1935 zur illegalen Arbeit nach Österreich entsendet worden war, war für die medizinische Betreuung des Bataillons zuständig und gestaltete von Oktober 1944 bis April 1945 täglich eine 15-minütige Radiosendung, die von einem „Österreichischen Freiheitsender“ in Črnovelj ins Land übertragen wurde.²¹

Das Bataillon gliederte sich in zwei Kompanien, die von Johann Truppe – einem früheren Feldwebel im Ersten Weltkrieg, der angesichts seiner bevorstehenden Einberufung zur SS freiwillig nach Slowenien gegangen war – und Anton Schober – einem Unteroffizier der Wehrmacht, der sich in Gefangenschaft begeben hatte – befehligt wurden. Beide standen bis dahin in keinerlei Beziehung zur KPÖ.²² Die Politkommissare der Kompanien waren die Kommunisten Leo Breininger und Peter Tatschl. Bereits im Sammellager war eine Parteizelle der KPÖ gebildet worden.²³ Kommunisten bildeten damit den politischen Kern der Einheit, sie waren „das Rückgrat des Bataillons“.²⁴ Zahlenmäßig waren KPÖ-Mitglieder jedoch gegenüber den vor allem aus Kriegsgefangenen rekrutierten Kämpfern weitaus in der Minderheit. Im März 1945 gehörten zwölf Männer der KPÖ als Mitglied an, weitere zwölf hatten den Status eines „Kandidaten“.²⁵

Nach der Formierung blieb das Bataillon bis zum 6. Jänner 1945 in der Sammelbasis in Tribuče, dann wurde es in Marsch gesetzt ins Operationsgebiet in der Suha krajina (im nordöstlichen Teil der Unterkrain), wo faschistische Einheiten wieder Fuß zu fassen begannen. Das Bataillon wurde darauf in Abwehrkämpfen zur Sicherung des bereits befreiten Partisanengebiets eingesetzt. Zunächst war es eine selbstständige militärische Einheit, die direkt dem militärischen Hauptstab unterstellt war. Am 23. Jänner



Das 1. Österreichische Freiheitsbataillon im Jänner 1945

wurde das Österreichische Bataillon zum 4. Bataillon der Cankar-Brigade innerhalb der XV. Division der Volksbefreiungsarmee.²⁶ Seine Feuertaufe erlebte das Bataillon am 18. Jänner 1945, als es die Brücke über die Krka (Gurk) auf der Straßenverbindung zwischen den Dörfern Dvor und Jama sicherte. Bei Gefechten nahe Podturn (in der Gemeinde Dolenjske Toplice) wurden am 21. Jänner drei Kämpfer getötet.

Die nächsten großen Gefechte fanden am Ende Februar und Anfang März bei Sveti Primož und Lašče statt. Mitte März wurde das Bataillon aus dem Kampf genommen und nahe Toplice einquartiert. Anfang April abermals ins Kampfgebiet verlegt, fielen am 6. April 1945 vier Bataillonsangehörige bei Kamni Vrh. Am 11. April war das Bataillon in ein schweres Gefecht mit SS-Truppen in der Nähe von Topla Reber verwickelt. Insgesamt hatte das Bataillon 13 Gefallene und 19 Verwundete zu beklagen, die nach Bari ausgeflogen wurden.²⁷ Angesichts der Tatsache, dass die Rote Armee in diesen Tagen Wien befreite, breiteten sich im Bataillon Kampfmüdigkeit und Demoralisierungserscheinungen aus. Bis 5. Mai war die Einheit im operativen Einsatz in der Unterkrain, hierauf folgten Kampfmärsche Richtung Norden, wo sie an der Belagerung von Ljubljana teilnahm. Am 9. Mai 1945 marschierte das Bataillon unter dem Jubel der Bevölkerung in die slowenische Hauptstadt ein.²⁸

Mitverantwortung der ÖsterreicherInnen

Ungeachtet der militärischen Leistungen des Bataillons war seine grundlegen-

de Bedeutung vor allem propagandistischer Natur: Der Weltöffentlichkeit sollte vor Augen geführt werden, dass eine waffentragende österreichische Einheit auf Seiten der Anti-Hitler-Koalition ins Kriegsgeschehen eingegriffen hatte, um den Nazifaschismus zu besiegen. Nachrichten über die Gründung des Bataillons erschienen bereits im Dezember 1944 in den Zeitungen österreichischer Exilorganisationen und auch in den Tageszeitungen der alliierten Länder.²⁹ Darüber hinaus wurde an die Existenz des Bataillons die Hoffnung geknüpft, dass dadurch österreichischen Freiheitskämpfern der Übergang nach Slowenien und österreichischen Soldaten die Desertion aus der Wehrmacht erleichtert werden würde.³⁰ Vom Bataillon sollte auch eine Vorbildwirkung für den Partisanenkampf im Land selbst ausgehen. Seine Gründung sei ein „Ruf an Österreich, sich gegen seine Unterdrücker zu erheben zum heiligen Volkskrieg für seine Befreiung“.³¹

In der kommunistischen Argumentation ging es nicht nur um den eigenen Beitrag Österreichs zu seiner Befreiung, sondern auch darum, mit konkreten Taten die Mitverantwortung der ÖsterreicherInnen an den Verbrechen des Hitlerfaschismus wettzumachen: „Wir müssen den Tatsachen ins Auge blicken und zugeben, dass wir Österreicher Hitler in seinem Raubkriege geholfen haben“, war in einer Broschüre mit dem Titel „Volkskrieg gegen die deutschen Okkupanten“ zu lesen, die zu Jahresbeginn 1945 in Kärnten und der Steiermark zur Verteilung gelangte. Konkret wurde in diesem Zusammenhang auf die österreichischen Soldaten an den Fronten hingewiesen,



Willi Frank in der Uniform der deutschen Wehrmacht

sowie auf die österreichischen Arbeiter und Bauern in der Kriegswirtschaft. „Wir tragen als Volk die Verantwortung dafür und es kann niemandem gelingen, sich von dieser Verantwortung frei zu sprechen. Es gibt nur einen Weg, um dieser Schuld ledig zu werden, die unser Volk zweifellos auf sich geladen hat: *den Weg des unermüdlichen und unerbittlichen Kampfes gegen die deutsche Tyrannei*. Diesen Weg weist das erste österreichische Bataillon in der Volksarmee Sloweniens.“³²

Landeskomitee der Freiheitsfront

Nachdem Franz Honner im Juli 1944 in Slowenien gelandet war, hatte er nicht nur mit den militärischen Vorbereitungen für die Formierung eines österreichischen Bataillons begonnen, sondern auch mit der politischen Arbeit zur Organisation des Widerstands auf österreichischem Boden. Unmittelbar nach seiner Ankunft entsandte er Franz Gebhard nach Südkärnten und in die Steiermark, wo dieser als Vertreter der KPÖ Verbindungen zu örtlichen Parteizellen und Widerstandsgruppen knüpfen sollte. Bereits am 21. Juli 1944 erging ein von Honner gezeichneter Aufruf der KPÖ an „alle österreichischen Patrioten und Hitlergegner zu den Waffen, zum sofortigen Beginn des Partisanenkampfes“.³³ Anfang August folgte ein von Honner als „führendem österreichischen Kommunisten“ unterzeichneter Aufruf „zur beschleunigten Entfaltung des Volkskrieges“, mit dem er sich im Sender Freies Österreich an die österreichische Bevölkerung wandte.³⁴ Am 22. August 1944 richtete er einen Aufruf an die Parteiorga-

nisationen in Steiermark und Kärnten, in dem ebenso „die Organisierung und Führung des Partisanenkampfes [...] mit dem Ziele seiner systematischen Verbreiterung zum allgemeinen, bewaffneten Volkskampf gegen die Hitlerokkupanten“ als Hauptaufgabe hervorgehoben wurde. Die dortigen Parteigruppen wurden angewiesen, alle gefährdeten Genossen nach Slowenien zu schicken, um entweder dort den Partisanenkampf zu verstärken oder für bewaffnete Aktionen zurück ins Land geschleust werden zu können.³⁵

Zugleich knüpfte Honner Kontakte zu Vertretern der Revolutionären Sozialisten und der Christlichsozialen. Gemeinsam mit dem späteren steirischen Landesrat und ÖGB-Landesvorsitzenden Fritz Matzner (SPÖ), dem damaligen Kärntner Landesleiter der RS Erwin Scharf und dem katholischen Rechtsanwalt Otto Zhuber, dem ehemaligen Bürgermeister von Völkermarkt, schuf er schließlich ein „Landeskomitee der Österreichischen Freiheitsfront für Steiermark und Kärnten“.³⁶ Im Dezember 1944 trat dieses Komitee mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem die Bevölkerung zum „aktiven, rücksichtslosen Kampf gegen das Nazi-Barbarentum“ aufgefordert wurde.³⁷ Am 11. März 1945 richtete das Komitee einen Brief an den amerikanischen Präsidenten Roosevelt, den britischen Premier Churchill und an Stalin, in dem die Staatsmänner ersucht wurden, nach dem Vorbild des Freiheitsbataillons auch in den alliierten Armeen eigenständige österreichische Formationen zu bilden.³⁸

Die Kampfgruppe Frank

Als die KPÖ-Führung im Moskauer Exil mit den Planungen begann, in Slowenien ein österreichisches Freiwilligenbataillon aufzustellen, verfügte sie nur über spärliche Informationen aus dem Land, über die Stimmung der Bevölkerung und über Einfluss und Stärke der kommunistischen Parteiorganisationen. Waren zunächst noch Emissäre nach Österreich entsandt worden, um dort den Widerstand anzuleiten und einen gewissen Informationsfluss zu gewährleisten (z.B. Ludwig Schmidt, Erwin Puschmann, Leo Gabler und Hermann Köhler), so gab es nach der Zerschlagung der zentralen Leitungsstrukturen durch die Gestapo im Jahr 1943 keine direkte Verbindung mehr ins Land. Einzig auf Basis von Berichten übergelaufener Deserteure und Kriegsgefangener konnte sich die Parteiführung ein gewisses Bild machen.

Der einzige Kontakt nach Wien lief 1944/45 über Funk zu Gregor Kersche,

einem der führenden Parteifunktionäre in der Ersten Republik. Kersche war im Juni 1943 von Moskau kommend mit dem Fallschirm über Partisanengebiet abgesprungen und hatte sich von Warschau nach Wien durchgeschlagen, um die kommunistischen Widerstandsgruppen auf die „Österreichische Freiheitsfront“ auszurichten. Anfang 1944 wurde er von der Gestapo verhaftet und führte seither unter ihrer Kontrolle zahlreiche „Funkspiele“ mit der Moskauer Parteiführung durch, deren Inhalte aber von dieser von Beginn an mit Misstrauen aufgenommen wurden.³⁹

Auch um Klarheit hierüber zu schaffen, wurde im Dezember 1944 Willi Frank, Mitglied des Zentralkomitees der Partei, zu Franz Honner und Friedl Fürnberg nach Slowenien geschickt. Ein Beschluss, Frank von dort zur Verstärkung der illegalen Arbeit nach Wien zu entsenden, war bereits im September 1944 gefasst worden.⁴⁰ Frank war nach dem „Anschluss“ im Jahr 1938 einer der Organisatoren der illegalen Arbeit in Wien. Ab 1940 wirkte er in Moskau als Vertreter des KJV im Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale und als Mitglied der Parteiführung der KPÖ. Vor seiner Abreise nach Slowenien war er in der Arbeit unter österreichischen Kriegsgefangenen in Krasnogorsk eingesetzt.

Am 10. Dezember 1944 wurde Frank mit vier weiteren Genossen – Josef Bliemetzrieder, Laurenz Hiebl, Leopold Stancl und Richard Wagner – mit einem sowjetischen Flugzeug über Kiew und Belgrad ins slowenische Partisanengebiet nach Črnomelj gebracht.⁴¹ Unmittelbar darauf liefen in Tribuče die Vorbereitungen für eine ins Land gerichtete Operation an, um dort die Widerstandsbewegung zu aktivieren. Frank war der politische Verantwortliche, Hiebl wurde zum militärischen Leiter ernannt.⁴² Aufgrund verschiedener Schwierigkeiten verzögerte sich der Beginn der Aktion bis zum Februar 1945.⁴³ Frank wurde schließlich mit zwei kleinen Kampfgruppen in der Gesamtstärke von 14 Mann Richtung Österreich in Marsch gesetzt, unter ihnen auch Karl Brunnflicker, Ferdinand Gotthardt, Johann Hierzer, Willi Högl, Andreas Luttenberger, Adolf Miklin, Peter Tatschl und Richard Wagner. Zwei Fünfergruppen sollten in Wehrmachtsuniformen in die Steiermark und nach Kärnten gehen, um hier weitere Partei- und Partisanengruppen zu schaffen, während sich Frank nach Wien durchschlagen sollte, um Verbindungen herzustellen und verlässliche Informationen zu erhalten.⁴⁴ Die

Männer waren für ihre Aufgabe politisch und militärisch bestens vorbereitet: Sie waren als Funker ausgebildet, hatten Kampferfahrung, konnten die notwendigen Dokumente wie etwa Soldbücher und Urlaubsscheine fälschen und waren in der Lage, mit einfachsten Mitteln Flugblätter und Aufrufe herzustellen.

Am 17. Februar brach die Gruppe mit einem Pferde- und Ochsendespänn Richtung Norden nach Poljane auf. Tags darauf wurde der Marsch in das Dorf Smuka fortgesetzt, wo zwei slowenische Bataillone zur Sicherheit der Gruppe bereitstanden. Tags darauf sollte der Marsch über die Save und die Drau nach Österreich fortgesetzt werden. Am Morgen des 19. Februar erfolgte jedoch ein Überraschungsangriff auf Smuka. „Niemand weiß bis heute, von wo diese sich überraschend anschlichen bzw. ihren Ausgangspunkt hatten“, berichtet Peter Tatschl, der vom Österreichischen Bataillon zur Gruppe Frank gestoßen war, über den Maschinengewehr-Angriff von im slowenischen Partisanengebiet operierenden Weißgardisten.⁴⁵

Augenzeugenberichten zufolge suchten Frank, Högl und Tatschl Deckung in einer Mulde, von der aus sie das Feuer erwiderten. Högl war bereits im Oktober 1944 mit der Gruppe um Friedl Fürnberg als Radist aus der Sowjetunion nach Slowenien gekommen. Um zu den anderen Angehörigen ihrer Gruppe zu gelangen, verließen die drei die Deckung, worauf Frank und Högl ins Kreuzfeuer gerieten. Beide mussten verwundet zurückgelassen werden und wurden später von den Faschisten aus nächster Nähe mit Kopfschuss ermordet. Kurz darauf wurde der Angriff von einem slowenischen Sturmataillon zurückgeschlagen. Die Radiostationen, Uniformen und Flugblätter waren jedoch bereits in die Hände des Feindes gefallen. Verdachtsmomente, wonach Verrat für das Scheitern der Aktion verantwortlich hätte sein können, bestätigten sich bei näherer Untersuchung der Ereignisse nicht.⁴⁶ Nach dem Scheitern des Vorhabens kehrten die Männer zur Base zurück, um das 1. Österreichische Bataillon zu verstärken. Bis zur Befreiung der Stadt durch die Rote Armee im April 1945 gelang es der KPÖ nicht mehr, eine gesicherte Verbindung nach Wien herzustellen.

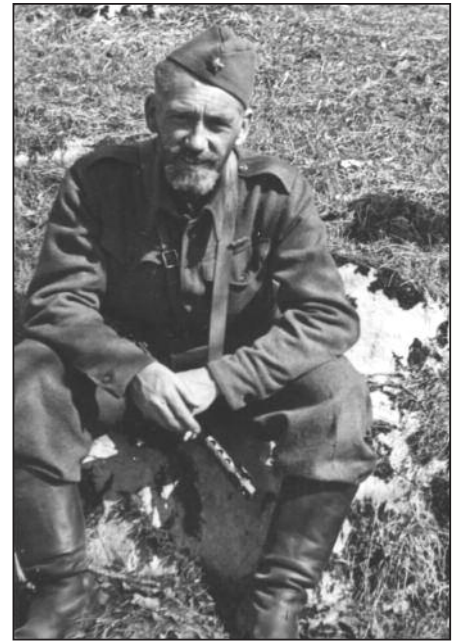
Vier weitere Bataillone

Während das 1. und das 3. Österreichische Freiheitbataillon von jenen Antifaschisten organisiert wurden, die aus Moskau kamen, wurden das 2., 4. und

5. Bataillon von einer Gruppe österreichischer Politemigranten um Othmar Strobel vorbereitet. Etwa 20 kommunistische Aktivisten, unter ihnen Emanuel Edel, Moritz Fels-Margulies, Max Goldberger, Paul Herrnstadt, Peter Hofer, Theodor Maller, Otto Spitz, Max Stern und Zalel Schwager, kamen aus eigenem Antrieb aus dem befreiten Frankreich, aus Belgien und der Schweiz nach Serbien, nachdem sie gehört hatten, dass im Verband der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee ein österreichisches Freiwilligenbataillon aufgestellt worden war. Sie hatten als Interbrigadisten in Spanien bzw. danach als Partisanen in Belgien und Frankreich gekämpft, einige von ihnen flohen aus dem Lager Bassecourt in der Schweiz, um nach Jugoslawien zu gelangen.⁴⁷ Im Dezember 1944 begab sich die Gruppe auf schnellstem Wege über Marseille und die süditalienische Hafenstadt Bari, wo sich eine Basis der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee befand, nach Belgrad.⁴⁸

Ende Jänner 1945 wurde Franz Honner über die Moskauer Exilführung der KPÖ über die Ankunft der 20 Genossen in Jugoslawien informiert.⁴⁹ Die KP Jugoslawiens wurde zwar gebeten, die Gruppe nach Slowenien weiterzuschicken,⁵⁰ was sich aber nicht realisieren ließ. Stattdessen erhielt Othmar Strobel in Belgrad von den zuständigen jugoslawischen Stellen die Zustimmung, in verschiedenen Kriegsgefangenenlagern in der Nähe Belgrads österreichische Freiwillige zu werben. Hinzu kamen einige Österreicher, die bereits zuvor in jugoslawischen Einheiten gekämpft hatten, bzw. österreichische Antifaschisten, die mit der deutschen Strafdivision 999 nach Griechenland gekommen, dort desertiert und zu den Partisanen übergegangen waren, unter ihnen Leopold Spitaler.

Am 10. März 1945 wurde schließlich in Batajnica, einem Vorort von Belgrad in der Gemeinde Zemun (deutsch Semlin), das 2. Bataillon (ca. 170 Mann) gegründet und im April der 51. Division der III. Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee als Reserveeinheit zugeteilt. Es blieb bis Kriegsende in Divisionsreserve. Kommandant des Bataillons war Peter Hofer, Politkommissar war Leopold Spitaler.⁵¹ Der Aufstellung der Einheit vorangegangen war eine Besprechung der Gruppe mit Honner und Fürnberg, die mit dem Flugzeug nach Belgrad gekommen waren.⁵² Die Gründung des 4. und 5. Bataillons (151 und 254 Mann) wurde im April vorbereitet, formal wurden die Einheiten aber erst am 9. bzw. 24. Mai in



Leopold Stancl, Kommandant des 1. Österreichischen Freiheitbataillons

Zemun aufgestellt. Die beiden Bataillone wurden nicht mehr in jugoslawische Einheiten eingegliedert, da inzwischen die deutsche Wehrmacht kapituliert hatte und deshalb der Befehl erteilt wurde, nach Wien einzurücken. Auch der Aufstellung dieser beiden Bataillone waren Besprechungen mit Franz Honner vorausgegangen, der zwecks Rückkehr ins befreite Wien von Zadar nach Belgrad geflogen war.⁵³ Kommandant des 4. Bataillons war Max Goldberger, Politkommissar war Paul Herrnstadt. Das 5. Bataillon wurde von Otto Spitz kommandiert, Politkommissar war Alfred Wiesinger. Die beiden Bataillone gliederten sich in jeweils zwei Infanteriekompanien mit je drei Zügen. Ihrer sozialen Zusammensetzung nach rekrutierten sie sich mehrheitlich aus Arbeitern, in zweiter Linie aus Bauern und in weiterer Folge aus Angestellten, Handwerkern, Intellektuellen und Selbstständigen.⁵⁴ Die Bataillone 2, 4 und 5 standen in keinem direkten militärischen Einsatz. Das 2. Bataillon erhielt am 29. April den Befehl zum Abmarsch in die Heimat und verließ am 7. Mai Virovitica. Am 12. Mai gelangte es als erste österreichische Einheit nach Wien. Anfang Juni folgten das 4. und 5. Bataillon.⁵⁵

Das 3. Bataillon wiederum ging auf die Rekrutierung von Österreichern in kroatischen Kriegsgefangenenlagern zurück: Als Franz Honner im April mit dem LKW von Črnomelj nach Zadar (und von dort mit dem Flugzeug weiter nach Belgrad) reiste, machte er beim Stab der IV. Jugoslawischen Armee im dalmatischen Gospić halt, wo er erfuhr, dass



Das 2. Österreichische Freiheitsbataillon am 15. Mai 1945 in der Wiener Hofburg

sich in deren Lagern österreichische Überläufer und Kriegsgefangene befanden. Er beauftragte daraufhin den ehemaligen Spanienkämpfer Laurenz Hiebl Freiwillige anzuwerben. Dieser rekrutierte bis Ende April in den Lagern von Zadar, Senj, Knin und Šibenik knapp 600 Kriegsgefangene, die in der Sammelbasis in Gospić in vier Kompanien unterteilt wurden. Hiebl wurde Kommandant des Bataillons, Politikommissar war der Eisenbahner Georg Rumboldt. Auch das 3. Österreichische Bataillon kam nicht mehr zum Einsatz. Nach Kriegsende marschierte es von Gospić nach Ljubljana, wo es am 26. Mai eintraf. Am 8. Juni brach das Bataillon mit dem Zug Richtung Österreich auf und kam am 9. Juni 1945 – nach einem Zwischenstopp in Graz – am Wiener Südbahnhof an.⁵⁶ Das 1. Bataillon, das monatelang im Kampfeinsatz gestanden und am 9. Mai gemeinsam mit jugoslawischen Einheiten in Ljubljana eingezogen war, wurde am 26. Mai Richtung Österreich in Marsch gesetzt. Von Maribor ging es zu Fuß ins untersteirische Feldbach, wo die Kämpfer von der Roten Armee übernommen wurden. Am 7. Juni 1945 erreichte das Bataillon Wien in einer Stärke von 89 Mann.⁵⁷

Polizeidienst in Wien

In Wien wurden die Angehörigen der Freiheitsbataillone begeistert empfangen. Bei einer Kundgebung am 15. Mai im Burghof wurde das 2. Bataillon von Bürgermeister Theodor Körner und Regierungsmitgliedern begrüßt. Bei dieser Gelegenheit hielt auch Franc Leskošek-Luka als Minister der slowenischen Re-

gierung eine Rede.⁵⁸ Am 17. Juni 1945 marschierten alle fünf Bataillone am „Tag der Volkssolidarität“ unter großer Anteilnahme der Bevölkerung auf der Wiener Ringstraße auf.⁵⁹

Franz Honner, nunmehr Staatssekretär für Inneres in der Provisorischen Regierung Renner, ließ sich vom Kabinettsrat ermächtigen, die Bataillonsangehörigen in den Polizeidienst einzugliedern, sofern diese nicht den Wunsch äußerten, in ihre Heimatorte zurückzukehren.⁶⁰ „Ich bitte euch, meine Kameraden, sich mir für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Ich verlasse mich auf eure Mitwirkung, weil ich weiß: In eurem Lager war Österreich und in dem Geiste, der euch beseelt, soll das neue Österreich aufgebaut werden“, sprach Honner am 15. Mai 1945 zu den Freiheitskämpfern.⁶¹ Das 2. Bataillon wurde darauf der Wiener Polizeidirektion zugewiesen und als Mitglieder der Alarmeinheit des Polizeilichen Hilfsdienstes in der Hofburg einquartiert. Von 170 Mann erklärten sich 138 zur Verwendung im Polizeidienst bereit, von denen 124 als geeignet eingestuft wurden.⁶² Von den Angehörigen des 1. Bataillons, das monatelang im Kampf gestanden war und dessen Angehörige vor allem aus dem ländlichen Raum stammten, sprachen sich hingegen 85 Prozent für die sofortige Demobilisierung aus.⁶³

Die Bataillone übernahmen in weiterer Folge verschiedene Aufgaben, um die Sicherheitsverhältnisse in Wien und Umgebung zu verbessern. Sie hielten Wache bei Regierungsgebäuden und sonstigen wichtigen Objekten und begleiteten Transporte in die Bundesländer. Peter

Hofer, bisher Kommandant des 2. Bataillons und nunmehr Stellvertreter des Generalinspektors der Wiener Sicherheitswache, wurde der Oberbefehl über alle fünf Bataillone in Wien erteilt. Zahlreiche Angehörige der Freiheitsbataillone rüsteten in den Folgemonaten ab: Eine Liste von Anfang Oktober 1945 weist 368 zum damaligen Zeitpunkt noch im Dienst stehende Männer „zur Demobilisierung“ aus.⁶⁴ Etwa 150, die im Mai in den Polizeidienst eingetreten waren, hatten bereits im Zeitraum von Ende Juli bis Anfang Oktober abgerüstet.⁶⁵ Von den ursprünglich 170 Männern des 2. Bataillons hatten bis Jänner 1946 60 demobilisiert, um in ihre Heimatorte zurückzukehren.⁶⁶

Etwa 300 frühere Angehörige der Freiheitsbataillone wurden ab Juli 1945 aus Wien abgezogen und einige Monate lang als Verstärkung im niederösterreichischen Grenzschutz eingesetzt. Hier war aufgrund der Flüchtlingsströme und aufgrund des Einfalls plündernder bewaffneter Banden eine chaotische Lage entstanden. Solche Grenzsicherungszüge wurden in neun Orten in vier Rayonen gebildet: in Mistelbach, Hollabrunn, Retz, Horn, Gänserndorf, Dürnkrut, Waidhofen an der Thaya, Zwettl und Bruck an der Leitha. 112 Mann waren im Raum Gänserndorf und Mistelbach stationiert (Rayon I), 85 im Raum Retz (Rayon II), 72 im Raum Gmünd, Waidhofen an der Thaya, Horn und Zwettl (Rayon III) und 22 im Bezirk Bruck an der Leitha (Rayon IV). Kommandanten der Rayone waren Laurenz Hiebl, Leopold Stancl, Max Goldberger und Franz Gebhard.⁶⁷ Insgesamt wurden an der tschechoslowakischen Grenze im nördlichen und östlichen Niederösterreich neun Assistentenzüge mit je 30 Mann der Freiheitsbataillone aufgestellt,⁶⁸ was eine deutliche Besserung der dortigen Sicherheitsverhältnisse zur Folge hatte. Es liegen zahlreiche Dankschreiben von Bürgermeistern und Ämtern vor, die den Anteil der Freiheitsbataillone an der Stabilisierung im Bereich der Sicherheit belegen. Der Bürgermeister des Grenzorts Karlstift (heute Gemeinde Bad Großpertholz) im Bezirk Gmünd teilte mit, dass sich die Freiheitskämpfer sogar „bei Übergriffen seitens der Russen immer bewährt“ hätten, weshalb deren Anwesenheit für die Bevölkerung „eine große Beruhigung“ sei.⁶⁹

Laurenz Hiebl, Rayonskommandant in den Bezirken Gänserndorf und Mistelbach, erinnerte sich später an den Einsatz im Grenzschutz: „Unsere Aufgaben reichten weit über die der Gendarmerie

und der Zollwache hinaus. In den bewaldeten Gebieten der March, der Thaya aufwärts gab es Wlassow-Banden, Reste der faschistischen Armee und sonstige Volksfeinde. Sie plünderten, raubten, mordeten, versetzten die Bevölkerung in Angst und Schrecken. Die Leute konnten nur unter größter Gefahr ihrer Arbeit nachgehen. Wir waren gut bewaffnet, motorisiert. Nach zwei Wochen Einsatz waren die Banden vertrieben, Plünderer und zwei Raubmörder gefaßt. Die Dorfbewohner konnten nun ihre Ernte einbringen, ihre ersten Nachkriegskirtage in Sicherheit abhalten.⁷⁰

Die Kommandanten und Offiziere der Freiheitsbataillone, durchwegs Kommunisten mit hohen militärischen Rängen, wurden zum Teil in den Dienst der Wiener Polizeidirektion übernommen. Mit Moritz Fels-Margulies, Max Goldberger, Paul Herrstadt, Peter Hofer und Otto Spitz fungierten fünf Angehörige der Freiheitsbataillone als Bezirkskommisariatsleiter in Wien. Zalel Schwager (Personalchef) und Othmar Strobel (Vizepräsident) waren in führenden Positionen in der Polizeidirektion tätig.⁷¹ 1946 wandelte sich jedoch das politische Klima unter Innenminister Oskar Helmer (SPÖ), der in dieser Funktion Franz Honner abgelöst hatte. Für Helmer stand die Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses im Mittelpunkt. Die Ernennung von Kommunisten in die verschiedenen Verwendungsgruppen nach dem Beamtendienstrecht wurde hinausgezögert, viele wurden auf weniger einflussreiche Posten in der Wiener Polizei abgeschoben. Nach Beendigung der Grenzschutzaktivitäten im Juni 1946 wurden mit Leopold Stancl, Laurenz Hiebl und Franz Gebhard gleich drei der vier Rayonskommandanten nicht in den Polizeidienst übernommen. Sie übten danach führende Funktionen im Werkenschutz der Sowjetischen Mineralölverwaltung (SMV) aus.⁷²

„Kommunistische Parteigarde“?

Einer Bilanz des früheren Bataillonskommandanten Max Bair zufolge, der bis in die 1980er Jahre hinein eine umfassende Dokumentation erstellte, umfassten die fünf Österreichischen Freiheitsbataillon in Summe 1.343 Freiwillige.⁷³ Nach 1945 geriet die einzige bewaffnete Formation, die unter österreichischem Kommando auf Seiten der Alliierten gegen den Hitlerfaschismus gekämpft hatte, allmählich in Vergessenheit. Im Rahmen der Staatsvertragsverhandlungen führte die österreichische

Delegation zwar das Freiheitsbataillon ins Treffen, um anknüpfend an die Moskauer Deklaration einen eigenen Beitrag Österreichs zu seiner Befreiung geltend machen zu können. In der offiziellen Erinnerungskultur und im öffentlichen Bewusstsein spielten die Bataillone aber keine Rolle, war doch ihre Aufstellung vor allem mit dem Wirken österreichischer Kommunisten verbunden, die im Zuge des Kalten Krieges aus der aktiven Gestaltung der Zweiten Republik hinausgedrängt wurden. Die Erinnerung daran, dass Kommunistinnen und Kommunisten den Kampf für ein unabhängiges und demokratisches Österreich organisierten, sollte möglichst wenig wach gehalten werden.

Fanden die Bataillone doch Erwähnung, so wurden sie, etwa von Vizekanzler Adolf Schärf und Innenminister Oskar Helmer (SPÖ), als „kommunistische Parteigarde“ denunziert,⁷⁴ obwohl tatsächlich nur ein kleiner Teil ihrer Angehörigen Mitglieder der KPÖ waren. So gehörten etwa sowohl im 4. als auch im 5. Bataillon nur 14 Männer – und damit nur 28 der mehr als 400 Kämpfer – der KPÖ als Mitglied an.⁷⁵ Noch in einer 2001 erschienenen Veröffentlichung von Albert Sternfeld wurden die Freiheitsbataillone als eine „im Auftrag und Interesse einer fremden Macht“ agierende Einheit abgewertet.⁷⁶

Als sichtbarster Ausdruck bewaffneten Widerstands gegen die Nazidiktatur sind die Österreichischen Freiheitsbataillone nicht nur ein Fixpunkt in der Geschichte und Gedenkkultur der KPÖ. Ähnlich wie der Kampf von 1.400 ÖsterreicherInnen in den Reihen der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg sind sie eine herausragende Leistung in der Geschichte der gesamten revolutionären ArbeiterInnenbewegung.

Anmerkungen:

1/ Aufruf des ZK der Kommunistischen Partei Österreichs, in: Die nationale Frage und Österreichs Kampf um seine Unabhängigkeit. Ein Sammelband. Paris: Editions Prométhée 1939, S. 209–211.

2/ Für ein freies unabhängiges Österreich. Moskau: Verlag für fremdsprachige Literatur 1943, S. 13–19. Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Antifaschistische Volksfront und „demokratische Republik“. Die Exilkonzeptionen der Kommunistischen Partei Österreichs vor dem Hintergrund der sowjetischen Österreichpolitik, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (Hg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Göttingen 2006 (Schriften

des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 32), S. 41–76, hier S. 54–57.

3/ Wenn nicht anders angegeben, dann folgt dieser Beitrag: Holzer, Willibald Ingo: Die österreichischen Bataillone im Verbands der NOV i POJ. Die Kampfgruppe Avantgarde/Steiermark. Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz. Dissertation Universität Wien 1971, S. 238–539; Fürnberg, Friedl: Österreichische Freiheitsbataillone. Österreichische Nation. Wien: Globus Verlag 1975, S. 5–32; Butina, Boris: Das Österreichische Freiheitsbataillon im Rahmen der Volksbefreiungsarmee und der jugoslawischen Armee. Ihr Beitrag im Kampf gegen den Nazismus und zur Befreiung Österreichs, in: *Vestnik Koroških Partizanov* (Ljubljana), 22. Jg. (1988), Nr. 1–2, S. 79–86.

4/ RGASPI 495/74/22/5, Johann Kopleinig an Georgi Dimitroff, 21.10.1943 (Kopie in DÖW 22865/41), auszugsweise abgedruckt in: *Österreicher im Exil – Sowjetunion 1934–1945. Eine Dokumentation*, hg. vom DÖW. Wien: Deuticke 1999, S. 708f.

5/ Fürnberg: Freiheitsbataillone, S. 5f.

6/ Tagebucheintrag am 8. Mai 1944, in: *The Diary of Georgi Dimitrov 1933–1949. Introduced and edited by Ivo Banac*. New Haven & London: Yale University Press 2003.

7/ Mugrauer, Manfred: „Liebling und Stolz der Partei“. Franz Honner: Arbeiter- und Streikführer, Staatssekretär und Parlamentarier, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 31. Jg. (2024), Nr. 1, S. 1–10.

8/ Franz Honner. *Das Leben eines österreichischen Kommunisten*, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien o.J. [1964], S. 34.

9/ ZPA der KPÖ, Max Bair: *Erlebnisse, Berichte, Dokumente zum I. Österreichisches Freiheitsbataillon (Oktober 1944 bis Juni 1945)*, Oktober 1982, S. 24 (auch in DÖW 19611); Interview mit Franz David am 12. und 14.2.1975, S. 1.

10/ ZPA der KPÖ, Gedächtnisprotokoll über die Beschlüsse zu einigen österreichischen Fragen, Standort, 16.10.1944; Gedächtnisprotokoll über die Beschlüsse in Angelegenheit des österr. Baons, 30.10.1944.

11/ DÖW 992, Aufnahmeansuchen an den Vorbereitenden Zentralausschuss für die Österreichische Freiheitsfront mit handschriftlichen Lebensläufen vom Oktober/November 1944.

12/ ZPA der KPÖ, Österreichisches Partisanen Bataillon an das Oberkommando der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee (N.O.V. i. P.O.J.), 4.11.1944 (Kopie in DÖW 10502c).

13/ ZPA der KPÖ, Komitee an den Hauptstab der Volksarmee und der Partisanenabteilungen Sloweniens, 23.11.1944; Glavni Štab Nov in Po Slovenije, Befehl, 24.11.1944 (Kopie in DÖW 10502c).

14/ Kisch, Egon Erwin: *Die drei Kühe. Eine Baugeschichte zwischen Tirol und Spanien*. Herausgegeben und kommentiert von Joachim Gatterer. Bozen: Edition Raetia 2012.

- 15/ ZPA der KPÖ, Boris Butina: Das I. Österreichische Bataillon, Ljubljana, Mai 1981, S. 4.
- 16/ Vgl. ZPA der KPÖ, Funkspruch von Johann Kopenig an Franz Honner, 9.11.1944; Funkspruch von Franz Honner und Friedl Fürnberg, nach Moskau 29.11.1944; DÖW 10502c, Eid.
- 17/ DÖW 4600, Sender Freies Österreich, Sendung vom 2.12.1944.
- 18/ ZPA der KPÖ, Liste der Kämpfer des I. Österreichischen Freiheitsbataillone (hier 162 Namen, Kopie in DÖW 51404), DÖW 10502d, Verzeichnis der Kämpfer des 1. Bataillons, Ljubljana, 30.9.1964 (hier 142 Namen).
- 19/ ZPA der KPÖ, Tagebuch des I. Österreichischen Freiheitsbataillons vom 18.1.1945 bis zur Ankunft in Wien am 7.6.1945 (Kopie in DÖW 569).
- 20/ ZPA der KPÖ, Funkspruch von Friedl Fürnberg und Franz Honner nach Moskau, 2.12.1944, S. 3.
- 21/ Arzt, Partisan und Kommunist, in: *Volksstimme*, Nr. 118, 21.5.1980, S. 3.
- 22/ ZPA der KPÖ, Bericht von Friedl Fürnberg und Franz Honner nach Moskau, 2.12.1944.
- 23/ ZPA der KPÖ, Gedächtnisprotokoll über die Beschlüsse in Angelegenheit des österr. Baons, 30.10.1944.
- 24/ Mikusch, Franz: Das Erste Österreichische Freiheitsbataillon, in: *Weg und Ziel*, 17. Jg. (1959), Nr. 1, S. 50–53, hier S. 51.
- 25/ ZPA der KPÖ, I. Freiheitsbataillon: Verzeichnis der Mitglieder und Kandidaten der KPÖ-Zelle im österreichischen Bataillon (nach dem Stande vom 25. März 1945), 27.3.1945.
- 26/ Butina: Freiheitsbataillon, S. 81.
- 27/ ZPA der KPÖ, Max Bair: Erlebnisse, Berichte, Dokumente zum I. Österreichisches Freiheitsbataillon (Oktober 1944 bis Juni 1945), Oktober 1982, S. IV/15 (auch in DÖW 19611).
- 28/ ZPA der KPÖ, Tagebuch des I. Österreichischen Freiheitsbataillons vom 18.1.1945 bis 7.6.1945; Holzer: Bataillone, S. 275–326.
- 29/ Österreichisches Bataillon in slowenischer Volksarmee. Unter rot-weiß-roter Fahne und eigenem Kommando, in: *Zeitspiegel*, Nr. 49, 9.12.1944, S. 1.
- 30/ ZPA der KPÖ, Franz Honner und Friedl Fürnberg an Franz Gebhard und Fritz Matzner, 26.11.1944.
- 31/ Volkskrieg gegen die deutschen Okkupanten. Die Gründung eines österreichischen Bataillons. o.O. o.J. [1945] (Schriftenreihe der österreichischen Freiheitsbewegung, Heft 1), S. 1.
- 32/ Ebd., S. 1f. (Hervorhebung im Original).
- 33/ ZPA der KPÖ, Flugblatt der KPÖ „Österreicher zu den Waffen“, 21.7.1944.
- 34/ DÖW 4600, Sender Freies Österreich, Sendung vom 3.8.1944 „Aufruf der KPÖ“.
- 35/ ZPA der KPÖ, Franz Honner an die Organisationen, Leitungen, Funktionäre und Mitglieder der KPÖ in Kärnten und Steiermark, 22.8.1944.
- 36/ Mugrauer, Manfred: Das Landeskomitee der Österreichischen Freiheitsfront für Steiermark und Kärnten, in: *Österreich in Geschichte und Literatur*, 61. Jg. (2017), Nr. 3, S. 248–259.
- 37/ ZPA der KPÖ, Steirer! Kärntner! Österreicher! Aufruf des Landeskomitees der Österreichischen Freiheitsfront für Steiermark und Kärnten.
- 38/ ZPA der KPÖ, Briefe des Landeskomitees der ÖFF für Steiermark und Kärnten an Franklin D. Roosevelt, Josef Stalin und Winston Churchill, 11.3.1945.
- 39/ ZPA der KPÖ, Funksprüche zwischen Weler [Georg Kersche] und der KPÖ-Exilführung in Moskau, 1944/45.
- 40/ RGASPI 495/74/22/61, Johann Kopenig an Georgi Dimitroff, 20.9.1944 (Kopie in 22865/41).
- 41/ RGASPI 495/74/22/88, Stepan Morozow an Georgi Dimitroff, 11.12.1944 (Kopie in ZPA der KPÖ).
- 42/ ZPA der KPÖ, Laurenz Hiebl: Lebenslauf, 30.1.1983, S. 2.
- 43/ ZPA der KPÖ, Bericht von Franz Honner und Friedl Fürnberg nach Moskau, 3.2.1945.
- 44/ ZPA der KPÖ, Funkspruch von Franz Honner und Friedl Fürnberg, 5.1.1945; Willi Frank an Johann Kopenig, 8.2.1945.
- 45/ ZPA der KPÖ, Peter Tatschl: Zu den tragischen Ereignissen, die zum Tode des Genossen Willi Frank führten, o.D. [1980er Jahre], S. 1.
- 46/ ZPA der KPÖ, Bericht von Laurenz Hiebl, Richard Wagner, Ferdinand Leitner und Ferdinand Gotthardt, 27.2.1945; Bericht von Franz Honner und Friedl Fürnberg nach Moskau, 1.3.1945.
- 47/ ZPA der KPÖ, Othmar Strobel: Bericht über die Organisation Frankreich-Belgien von 1939 bis Dez. 1944, o.D. [1945], S. 12; Teubner, Hans: Exilland Schweiz. Dokumentarischer Bericht über den Kampf emigrierter deutscher Kommunisten 1933–1945. Berlin: Dietz Verlag 1975, S. 253.
- 48/ ZPA der KPÖ, Peter Hofer: Erinnerungen aus den Jahren 1944/45/46, 1975, S. 2; Emanuel Edel: Mein Weg nach Österreich, 1985, S. 2.
- 49/ ZPA der KPÖ, Funkspruch von Johann Kopenig an Franz Honner, 30.1.1945.
- 50/ ZPA der KPÖ, Funkspruch von Johann Kopenig an die K.P. Jugoslawien, 1.2.1945.
- 51/ ZPA der KPÖ, Die Österreichischen Freiheitsbataillone in Jugoslawien, o.D. [1945], S. 1.
- 52/ DÖW-Interviewsammlung Nr. 36, Interview mit Peter Hofer am 14.4.1983, S. 9.
- 53/ Fürnberg, Friedl: Die Stunden der Befreiung: Von Belgrad nach Wien, in: *Volksstimme*, 14.4.1970, S. 3.
- 54/ ZPA der KPÖ, Bericht von Paul Herrnstadt und Walter Sommer [Max Goldberger], 10.5.1945; Bericht von Alfred Wiesinger und Otto Spitz, 25.5.1945. Namenslisten der fünf Bataillone befinden sich in 21111/1a und 1b sowie im ZPA der KPÖ.
- 55/ ZPA der KPÖ, Die Österreichischen Freiheitsbataillone in Jugoslawien, o.D., S. 2.
- 56/ ZPA der KPÖ, Laurenz Hiebl: Lebenslauf, 30.1.1983; Holzer: Bataillone, S. 349–354.
- 57/ ZPA der KPÖ, Die Österreichischen Freiheitsbataillone in Jugoslawien, o.D. [1945], S. 1.
- 58/ Das Volk von Wien begrüßt die Freiheitskämpfer. Eine große Kundgebung für das Zweite österreichische Freiheitsbataillon, in: *Neues Österreich*, 16.5.1945, S. 3.
- 59/ Es lebe die Solidarität!, in: *Neues Österreich*, 19.6.1945, S. 1–2, hier S. 1.
- 60/ „... im eigenen Haus Ordnung schaffen“. Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10. Juli 1945. Horn, Wien: Verlag Ferdinand Berger & Söhne 1995 (Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Bd. 1), S. 100.
- 61/ Das Volk von Wien begrüßt die Freiheitskämpfer, in: *Neues Österreich*, 16.5.1945, S. 3.
- 62/ ZPA der KPÖ, Namensliste, 17.5.1945.
- 63/ DÖW 10502a, Namenslisten; Holzer: Bataillone, S. 381.
- 64/ ZPA der KPÖ, Liste, 5.10.1945.
- 65/ ZPA der KPÖ, Liste der Demobilisierten der fünf Bataillone, o.D. [Oktober 1945].
- 66/ ZPA der KPÖ, Bericht des II. Österreichischen Freiheitsbataillons, Wien, Hofburg, 7.1.1946.
- 67/ ÖStA/KA, NL Karl Renner, E/1731:334, Bericht des Staatsamts für Inneres an die 1. Länderkonferenz, o.D. [September 1945], S. 6; ZPA der KPÖ, Grenzschutz, Rayone I–IV, Gesamtaufstellung, o.D. [1946] (Kopie in DÖW 21111/1b).
- 68/ ZPA der KPÖ, Staatsamt für Inneres, Gendarmeriezentralkommando, Zl. 4396–5/45 v. 12.7.1945, Assistenzzüge für den Grenzschutz und verschärften Sicherheitsdienst im Lande Niederösterreich; StAfl, Zl. 4371-5/45 v. 13.7.1945 (Kopie in DÖW 21111/3).
- 69/ ZPA der KPÖ, Bürgermeister der Gemeinde Karlstift an das Kommando des Grenzschutz Rayon III in Waidhofen a/d. Th., 25.9.1945 (Kopie in DÖW 21111/9).
- 70/ ZPA der KPÖ, Laurenz Hiebl: Lebenslauf, 30.1.1983, S. 4.
- 71/ Hautmann, Hans: Kommunisten und Kommunistinnen in der Wiener Polizei, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 19. Jg. (2012), Nr. 2, S. 11–25.
- 72/ Mugrauer, Manfred: Der Werkschutz der sowjetisch verwalteten Betriebe, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 24. Jg. (2017), Nr. 4, S. 1–4.
- 73/ DÖW 21111/2, Max Bair: Abschließende Dokumentation über die 5 Österreichischen Freiheitsbataillone und ihre Aktivitäten vom November 1944 bis Juni 1946, Oktober 1988, S. 4.
- 74/ VGA, NL Oskar Helmer, Kt. 4, Mappe 20, Oskar Helmer an Adolf Schärf, 20.8.1948, Beilage: [Bericht über Tätigkeit in der Provisorischen Regierung], o.D. [August 1948], S. 2; Schärf, Adolf: Zwischen Demokratie und Volkdemokratie. Österreichs Einigung und Wiederaufrichtung im Jahre 1945. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1950, S. 53.
- 75/ ZPA der KPÖ, Parteibiographien, o.D. [1945].
- 76/ Sternfeld, Albert: Betrifft: Österreich. Von Österreich betroffen. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2001, S. 200.

Partisaninnen und „Flintenweiber“

Faschistische Geschlechterbilder und Geschlechterpolitik im okkupierten Jugoslawien

JOHANNES BREIT

Der Zweite Weltkrieg und die Geschichte des Widerstands gegen den Nazismus haben eine geschlechter- und gendergeschichtliche Dimension. Diese wird sichtbar in theoretischen Überlegungen, die den Faschismus sowie Diskurse und Vorstellungen von Männlichkeit in eine enge Verbindung bringen,¹ in der konkreten Besatzungspraxis der deutschen Okkupanten und in der simplen Tatsache, dass tausende Frauen am Widerstand und in den Armeen der Sowjetunion und Jugoslawiens beteiligt waren.

In diesem Beitrag steht Jugoslawien im Mittelpunkt. Angesichts der Tatsache, dass tausende Frauen am Partisanenkampf gegen die deutschen Besatzer beteiligt waren, wird nach den daraus resultierenden Bildern und dem konkreten Umgang der Deutschen mit den Partisaninnen gefragt. Rekonstruiert werden soll, in welchen Kontexten kämpfende Frauen in den deutschen Quellen zu Jugoslawien auftauchen, um Gender- und Geschlechterkonstruktionen des Faschismus in der Praxis zu erhellen.

„The mass participation of women in the communist-led Yugoslav Partisan resistance is one of the most remarkable phenomena of the Second World War“,² leitet die Historikerin Jelena Batinić ihr 2015 erschienenes Buch über jugoslawische Partisaninnen ein. Exakte Zahlen lassen sich schwer ermitteln, aber es ist davon auszugehen, dass zehntausende Frauen in der Partisanenbewegung aktiv waren. Dieser Grad der militärischen Beteiligung ist in der Region „unprecedented und unrepeated“ (beispiellos und unwiederholbar) und nur mit jenem in der Sowjetunion vergleichbar.³

Im November 1942 gründete die Partisanenführung die *Antifašistička fronta žena* (Antifaschistische Frauenfront, AFŽ) als Massenorganisation: „The AFW was an original and unique wartime creation, which thrived on a surprising blend of communist ideology, peasant mores, and feminist organizational experience. In the four years of conflict on the Yugoslav soil, it served as the backbone of the support system in the rear and proved indispensable to the Partisan military. Besides functioning as an auxiliary of the army, the Partisan wo-

men’s organization had a revolutionary political mission: to help transform the ‚backward‘ masses of Yugoslav, mostly peasant women into equal and deserving citizens of the future socialist state“, so Batinić.⁴ Frauen wurden damit zu einem zentralen Teil des antifaschistischen Kampfes in Jugoslawien.

Kusioserweise findet jedoch die Tatsache, dass zehntausende jugoslawische Frauen als Teil der Partisanenbewegung auf die deutschen Besatzer und Truppen der deutschen Wehrmacht stießen, in den zeitgenössischen deutschen Quellen wenig bis gar keinen Niederschlag. Frauen werden in den Unterlagen der Wehrmacht und der Besatzung weitgehend ausgeblendet. Die einzige Linse, durch die die deutschen Truppen in Jugoslawien – und auch in der Sowjetunion – die kämpfenden Frauen betrachteten, war die des „Flintenweibs“.

Faschistische Männlichkeit und „Flintenweiber“

„Sie ist eine Naturkatastrophe, eine Missgeburt. Die Sexualität der proletarischen Frau/Hure mit der Waffe/Kommunistin ist darauf aus, den Mann zu kastrieren und zu zerfetzen, und es scheint ihr imaginärer Penis zu sein, der ihr die schreckliche Macht dazu verleiht“,⁵ so beschreibt der deutsche Literaturwissenschaftler Klaus Theweleit in seiner psychoanalytischen Studie über die Freikorps und deren Literatur den imaginierten Typus des „Flintenweibs“. Es ist unklar, woher der Begriff „Flintenweib“ genau stammt. Seine Genese liegt im 19. Jahrhundert und in der damaligen Konfrontation der deutschen Öffentlichkeit mit kämpfenden Frauen in verschiedenen, oft auch revolutionären Kontexten. Klar ist jedoch, dass der Begriff des „Flintenweibs“ in Folge des Ersten Weltkriegs und der Nachkriegskämpfe der faschistischen Freikorps einen Radikalisierungsschub erfuhr.

„In Anknüpfung an ältere Fantasien stigmatisierte die Freikorpsliteratur die ‚Flintenweiber‘ als extrem anomal, fanatisch, amoralisch und grausam, wobei sie den bereits im Ersten Weltkrieg kursierenden Topos aufgriff“, analysiert der deutsche Historiker Felix Römer.⁶ Das ideologische Erbe der Freikorps verband

sich mit dem nationalsozialistischen Antikommunismus und Antisemitismus. Die Vorstellung vom Flintenweib, also der kämpfenden – meist kommunistischen – Frau, wurde als Inbegriff ideologischer, moralischer und sittlicher Devianz wieder aufgegriffen.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 setzte sich der Begriff des „Flintenweibs“ als Standardbezeichnung für kämpfende Frauen aller Art durch. Solche Frauen galten als Ikonen des Moral- und Werteverfalls in der Sowjetunion und des „jüdischen Bolschewismus“. Diese ideologische Vorstellung hatte für viele weibliche Angehörige der Roten Armee tödliche Konsequenzen. Die Invasoren schlossen die kämpfenden Frauen semantisch und ideologisch aus dem Kreis der völkerrechtlich geschützten Kombattanten aus, worauf sie ähnlich wie Politikommisare und Partisanen zu Opfern der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in der Sowjetunion wurden.

Der genaue Umfang dieser Vernichtungsaktion lässt sich laut Felix Römer nicht einschätzen.⁷ Es existierte zwar kein nachweisbarer, allgemeiner Tötungsbefehl für Frauen in Uniform (etwa gleich dem Kommissarbefehl, der die Anweisung enthielt, politische Kommissare der Roten Armee nicht als Kriegsgefangene zu behandeln, sondern gleich zu erschießen), dennoch bedeutete die Gefangennahme für weibliche Angehörige der Roten Armee oft den Tod, weil sie in das diskursive Schema der „Flintenweiber“ fielen: „Das Feindbild der ‚Flintenweiber‘ erfüllte [...] eine unabdingbare Voraussetzung, ohne die die Gewalttaten gegen die Rotarmistinnen nicht zustande kommen konnten, denn die Täter benötigten Strategien der Selbstvergewisserung und Sinnstiftung, um Kriegsverbrechen begehen zu können, ohne sich als Verbrecher zu fühlen.“⁸

Die vorhandenen (und von Römer angeführten) Quellen sprechen diesbezüglich eine deutliche Sprache: Günther von Kluge, Oberbefehlshaber der 4. Armee der deutschen Wehrmacht, gab bereits Ende Juni 1941 einen Befehl heraus, der besagte: „Frauen in Uniform sind zu erschießen.“ Dieser wurde zwar zwei Tage später auf Intervention des Ober-

kommandos des Heeres wieder zurückgenommen: Frauen waren doch als Kriegsgefangene zu behandeln. Diese Politik wurde aber von den Kommandeuren nicht umfassend umgesetzt. Der Befehlshaber der Heeresgruppe Süd Walter von Reichenau etwa beklagte in einem Brief vom Oktober 1941 über das Verhalten der Truppen, dass „immer noch [...] heimtückische grausame Partisanen und entartete Weiber zu Kriegsgefangenen gemacht“ würden, anstatt – so die Implikation – sie zu erschießen. Wie Römer aufzählt, folgten mehrere Kommandobehörden Reichenaus Linie, so etwa das Divisionskommando der 6. Armee, das anordnete, dass „Frauenpersonen in russischer Uniform grundsätzlich sofort zu erschießen“ seien, da sie „nicht als Angehörige der feindlichen Wehrmacht betrachtet werden können“. Oder auch die Panzergruppe 1, die Mitte Juli 1941 solche Erschießungen anordnete, oder die 4. Panzerdivision, die Mitte Oktober einen Tagesbefehl erhielt, in dem es heißt: „Heimtückische und grausame Partisanen und entartete Flintenweiber gehören an den nächsten Baum und nicht ins Gefangenenlager.“ Vom Sommer bis in den Herbst 1941 beharrten deutsche Kommandanten und Kommandobehörden darauf, Rotarmistinnen entgegen Anweisung nicht völkerrechtskonform zu behandeln, sondern sie zu ermorden, was auch solche Fälle wie den eines „14-jährigen Flintenweibs“ inkludierte, wie ein Unteroffizier namens Franz Metzger Mitte August in seinem persönlichen Tagebuch notierte.⁹ Auch in weiteren Fällen erfassten die deutschen Truppen die Rotarmistinnen als „Flintenweiber“ in separaten Kategorien ähnlich den Politkommissaren und sorgten so dafür, dass ihnen der Status als Kombattantinnen abgesprochen wurde. Wenn die Frauen der Roten Armee gefangen genommen wurden, so führte sie dies langfristig in ein Konzentrationslager oder in die Zwangsarbeiterschaft.¹⁰

Das Bild des „Flintenweibs“ im besetzten Jugoslawien

In Jugoslawien gestaltete sich die Lage anders: Die Partisanen waren keine völkerrechtlich anerkannte Armee, was bedeutete, dass sich die Frage nach einer rechtskonformen Behandlung der Gefangenen nicht stellte. Partisaninnen, die in deutsche Gefangenschaft gerieten, wurden entweder hingerichtet oder in ein Konzentrationslager – meist Auschwitz oder Ravensbrück – eingewiesen. Doch

spielte der ideologische Topos des Flintenweibs auch in der Wahrnehmung des jugoslawischen Kriegsschauplatzes eine Rolle. In einem Artikel vom 18. September 1942 mit dem Titel „Gebirgskrieg gegen bosnische Banden“ schrieb der Kriegsberichtersteller Karl Otto Zeitmann, dass kommunistische Agenten die Bevölkerung Jugoslawiens verführen würden, geschlossen in die Berge zu gehen: „Keine Lüge war gering genug, um zu bewerkstelligen, dass die Bauern gemeinsame Sache mit ihnen machten. Aus dumpfer Angst, aus wildem Haß, den die Kommunisten geschickt zu schüren verstanden, indem sie die Deutschen einfach als Urheber ihres Leidens bezeichneten, schlossen sie sich den Banden mit Weib und Kind an.“ Bei den Banden würden die Frauen durch jüdische Kommissare zu Flintenweiber gemacht werden, wie Zeitmann weiter ausführt: „Sie [gefangene Partisanen] erzählten von den Flintenweibern, die in den Reihen der Banditen mitkämpften, von Nella einer ‚rotbäckigen, blonden, ganz in Gelb gekleideten Frau‘, die überall kommunistische Reden hielt und ihre Verbrechen im Namen Stalins feierte. Ihre Kinder verdarben und starben an Seuchen und vor Hunger, aber sie durften nicht mehr zurück, sie wären von ihren eigenen Genossen über den Haufen geknallt worden.“¹¹

Ähnlich auch ein Bericht im *Wiener Tagblatt* vom 28. September 1942, in dem dieselbe Vorstellung von jüdischen Kommunisten, die ganze Dörfer zwingen, sich den Partisanen anzuschließen, und die Frauen zu „Flintenweibern“ machen, bedient wird: „Man raubte ganze Dörfer aus, zwang deren Bewohner, sich mit Weib und Kind den Banden anzuschließen, eigene ‚Proletarier Stoßtrupps‘ sind gebildet worden, die in ihrer grauenhaften Unmenschlichkeit eine Art Avantgarde des Bolschewismus repräsentieren sollten, und es hat nicht einmal an den berüchtigten Flintenweibern gefehlt.“¹²

Andernorts wird die aktive Teilnahme dieser „mitgenommenen“ Frauen in der Partisanenbewegung thematisiert. Die *Grazer Tagespost* berichtete am 13. Oktober 1942 über die Schlacht in den Kozara-Bergen: „Aus einem Kriegsbericht, der über diesen ‚Kampf in der Kozara‘ Kunde gibt, geht hervor, dass die Heckenschützen in ihrem Anrennen in Verderben immer wieder durch Frauen angetrieben werden mussten, die in wilden langgezogenen Schreien das Signal zum Angriff zu geben schienen. Ob es Flintenweiber waren, die selber auch

die Waffen führten, oder die Ehefrauen der Nomaden, die von der Aufrichtung eines roten Volksstaates träumten oder ‚Damen‘ aus den Häusern der Städte, die sich den Banden zugesellt hatten oder hierher verschleppt worden waren, wird nicht gemeldet.“ Die „Banden“ hätten für diese Frauen Lippenstifte, Puder, Strümpfe und Unterwäsche herbeigeschafft und seien sogar so weit gegangen, den Einheimischen Badewannen und ganze Betten abzapfen.¹³

In diesen Zeitungsberichten werden einige der klassischen Elemente des „Flintenweiber“-Diskurses sichtbar: Die implizierte Grausamkeit der Figur der Partisanin Nella, deren Kind quasi an ihrer Brust stirbt, während sie Reden hielt und Stalin feiert, die „unweibliche“ Kampfeslust der Frauen, die die Partisanen durch Schreie und Rufe anfeuern und in den Kampf treiben, sind Indikation für die Schamlosigkeit des „Flintenweibs“ und damit auch der proletarischen Frau. Sie stellen sich damit schamlos gegen die etablierte und bei den Deutschen internalisierte Geschlechterordnung bzw. -rollenverteilung.

Theweleit betont, dass es die proletarische Frau sei, die im Diskurs der faschistischen Männlichkeit und Geschlechterimagination besonderen Ekel hervorrufe, denn im Proletariat würden die Geschlechtergrenzen unterwandert. Proletarierinnen seien nahe an der Vorstellung von Huren angesiedelt und würden schamlos und brutal agieren. Sie verletzen durch ihre Sexualität bewusst Geschlechtergrenzen und leben gleichzeitig eine damit einhergehende Brutalität gegenüber den faschistischen Männern aus. Sie verstümmeln und kastrieren durch ihre „Unweiblichkeit“ symbolisch als auch wortwörtlich, lautet der Vorwurf.¹⁴ Diese Vorstellungen manifestieren sich auch in den oben angeführten Zeitungsberichten. Die Frauen gehen mit Kind und Kegel in die Berge, wo sie ihre Weiblichkeit ablegen und damit die Geschlechterordnung unterwandern. Wie die durchaus sexuell angehaucht beschriebene – „rotbäckige“ – Nella kümmern sie sich nicht mehr um ihre Kinder, sondern nur noch um Stalin. Ihr gelbes Kleid, das extra erwähnt wird, kann auch als Verbindung zu den angeblichen jüdischen Kommissaren der Partisanen gelesen werden, im Licht der Verwendung der Nazis der Farbe Gelb für Judensterne.

In den Kozara-Bergen nehmen sie, wenn auch nicht mit der Waffe in der Hand, so doch an den Kämpfen teil und werden in ihren Träumen vom „roten

Volksstaat“ in die Nähe von Prostituierten gerückt, die sich ebenso dem Widerstand angeschlossen haben. Ob sie vorher Prostituierte waren oder nicht, versucht der Artikel der *Grazer Tagespost* zu implizieren, dass die Frauen in den Bergen beginnen würden, sich wie welche zu verhalten. Lippenstifte, Strümpfe und sogar Badewannen müssten herbeigeschafft und der zivilen Bevölkerung gestohlen werden, um die Frauen bei Laune – und damit implizit auch: gefügig – zu halten. In der Berichterstattung über den Krieg im besetzten Jugoslawien wurde also an der „Heimatfront“ die Vorstellung von „Flintenweibern“ und Partisaninnen im Einklang mit klassisch faschistischen Vorstellungen von sexuell devianten Proletarierinnen und Kommunistinnen bedient. Die vermeintliche Auflösung der Geschlechtergrenzen wurde als Bedrohung inszeniert, gegen die die Deutschen in Jugoslawien ankämpfen würden.

Partisaninnen und Vergeltungspolitik

Solche Vorstellungen spielten auch in der Darstellung von Frauen als Teil der Partisanenbewegung in Berichten der Wehrmacht, ihrer Institutionen und Bürokratie eine Rolle. Auffallend ist jedoch, dass der Begriff der „Flintenweiber“ in den Unterlagen der Wehrmacht bzw. der Besatzungsverwaltung nur sporadisch vorkommt. Folgende Passagen aus dem Tätigkeitsbericht des Aufklärungs-offiziers der in Jugoslawien eingesetzten 718. Division der Wehrmacht vom 1. August 1942 sind indikativ für den Umgang mit dieser Thematik: „Anscheinend 2 Gruppen der V. montenegrinischen Partisanenbrigade mit Tross und bewaffneten Frauen im Anmarsch gegen Igman und Bjelasnica.“¹⁵ In einer Beilage zu diesem Tätigkeitsbericht, die Informationen der Aufklärungsabteilung dieser Division aus erbeuteten Papieren der Partisanen wiedergibt, findet sich folgende Passage: „In den Kompanien bei den Kommunisten herrscht große Disziplin. Bekanntlich befinden sich bei den Kommunisten auch Frauen. Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen in den Reihen der Kommunisten darf nur ein kameradschaftliches sein. So wurde zum Beispiel eine Kommunistin erschossen, weil die sich mit einem Kommunisten eingelassen hatte.“¹⁶

Der Glaube an die exzessive Bereitschaft von Kommunisten, Gewalt einzusetzen, schlägt auch in dieser Passage durch. Nichtsdestoweniger liest sich der

Text beinahe anerkennend, da betont wird, dass „Disziplin herrscht“ und das Verhältnis als „kameradschaftlich“ bezeichnet wird. Diese Begriffe sind in der Sprache der deutschen Wehrmacht positiv konnotiert. Des Weiteren wird auf Begriffe, die ansonsten in Zeitungen bzw. Propagandamaterialien zu finden wären, verzichtet. Die Erschießung einer Kämpferin gilt als brutal, aber der Berichtersteller anerkannte den Wert strikter Disziplin.

Während, wie Felix Römer beschreibt, in der Sowjetunion unter den deutschen Soldaten

das klassische Bild vom „Flintenweib“, wie es in der Freikorpsliteratur und anderswo in Erscheinung tritt, ein Thema gewesen sein dürfte,¹⁷ sind es im besetzten Jugoslawien die Frauen, die als Teil der Familie Angehörige der Partisanenbewegung werden. Dies wird auch in den Befehlen rund um die Geiseler-schießungskampagne im Sommer und Herbst 1941 deutlich. Im Befehl vom 25. September 1941, in dem Franz Böhme die „Säuberungen“ diverser Landstriche als Vergeltung für die Erfolge der jugoslawischen Aufstandsbewegung einleitete, ist zu lesen: „Eure Aufgabe ist in einem Landstreifen durchzuführen, in dem 1914 Ströme deutschen Blutes durch die Hinterlist der Serben, Männer und Frauen, geflossen sind. Ihr seid Rächer dieser Toten. Es muss ein abschreckendes Beispiel für ganz Serbien geschaffen werden, das die gesamte Bevölkerung auf das Schwerste treffen muss.“¹⁸ Böhme erwähnt „Männer und Frauen“ explizit als hinterlistig und macht klar, dass die Vergeltung die „gesamte Bevölkerung“, also sowohl Frauen als auch Männer treffen müsse.

Doch nicht nur Böhme dachte so. Auch Harald Turner, Chef des Verwaltungsstabs der deutschen Besatzung, unterbreitete in einem Memorandum vom September 1941 einen ähnlichen Vorschlag: „So glaube ich persönlich,



Die jugoslawische Krankenschwester Milja Toroman im Winter 1943, fotografiert von Žorž Skrigin (Foto aus dem Museum der Geschichte Jugoslawiens in Belgrad).

dass im Raume westlich Schabatz, im Bogen zwischen Save und Drina, eine völlige Evakuierung durchgeführt werden müsste, da nach den eindeutig vorliegenden Berichten und Meldungen ein Großteil der männlichen Bevölkerung dieses Gebietes zu Banden zusammengefasst zu den südlichen im Cergebirge befindlichen Mihajlovic-Banden gehört mit Kindern und Frauen den Nachrichtendienst, aber auch die Verpflegung aufrecht erhalten. Die Gesamtheit der Bevölkerung muss also bestraft werden, nicht nur die Männer.“¹⁹

Dies hatte zur Folge, dass Böhme im September 1941 dem Kommandeur der in Serbien eingesetzten 342. Division, Walter Hinghofer, den Befehl zur Säuberung des Save-Drina-Bogens gab. Der „feindliche Widerstand“ sollte durch „rücksichtslose Maßnahmen“ gebrochen werden, die männliche Bevölkerung des Gebiets war in ein Konzentrationslager zu bringen und die Frauen zum Arbeitseinsatz zu schicken.²⁰ Hinghofer ordnete schon am 2. Oktober 1941 an, „Waffenträger [...] in Notwehr zu erschießen, sonst zunächst zur Vernehmung abzuführen. Angetroffene Männer werden festgenommen und abgeführt. Angetroffene Frauen und Kinder verbleiben in Sabac.“²¹ Spätere Divisionsbefehle, wie der Tagesbefehl vom 14. Oktober 1941, schlossen auch Frauen einschließen:



Hochzeit einer jugoslawischen Partisanin mit einem Partisanen im Jahr 1945. Foto aus dem Museum für Neuere Geschichte Sloweniens in Ljubljana.

„Sämtliche Uniformierte, ferner sämtliche Zivilisten im Zwischengelände, die gleichfalls als Aufständische in Frage kommen, sind zu erschießen.“²² Wenige Tage später wurde von Böhme und Hinghofer ausgeführt: „Frauen, die sich aktiv am Kampf beteiligen – mit oder ohne Waffe – sind wie männliche Aufständische zu behandeln. Frauen, die im Verdacht stehen, den Kampf unterstützt zu haben, sind der kriegsgerichtlichen Aburteilung zuzuführen. Nur als Geiseln festgenommene Frauen dürfen nicht erschossen werden.“²³ Gleichzeitig dürften einige Einheiten im Einklang mit dem ursprünglichen Befehl, der die gesamte Bevölkerung als für den Aufstand verantwortlich diffamierte, vorgegangen sein. Das der 342. Division zugerechnete 699. Regiment etwa meldete am 28. September 1941, dass es das Dorf Jevremovac von Frauen und Kinder geräumt habe, die es in Richtung des Cer-Gebirges abgedrängt, also der Witterung und sich selbst überlassen habe.²⁴

Trotz solcher Meldungen ergibt sich kein Bild aus den Quellen, das ein systematisches Vorgehen der deutschen Kampfverbände gegen Frauen und Kinder im gleichen oder ähnlichen Ausmaß wie gegen Männer untermauern würde. Konkret wurden im Zuge der Geiselererschließungskampagne 1941 primär und fast ausschließlich jüdische Männer und männliche Roma ermordet. Ähnlich verhielt es sich rund um die zwei Massaker, die bis heute als Inbegriff deutscher Verbrechen in Jugoslawien gelten: Kraljevo und Kragujevac. Ausgeführt von Einheiten der 717. Division, dem 749. und dem 727. Infanterieregiment erschossen deut-

sche Soldaten innerhalb nur weniger Tage zwischen 4.000 und 7.000 Menschen in Kraljevo und ca. 2.700 Menschen in Kragujevac.²⁵

Während dieser Massaker, die sich aus dem Motiv der „Vergeltung“ für schwere Angriffe der Partisanen auf die deutschen Truppen heraus entwickelten, nahmen die deutschen Besatzer entgegen der Rhetorik hauptsächlich die männlichen Bewohner der beiden Städte in ihr mörderisches Visier. Ein Augenzeugenbericht aus Kraljevo macht dies deutlich: „Als sich in der Umgebung von Kraljevo die Kämpfe abwickelten, haben die deutschen Behörden in Kraljevo angefangen, die Bevölkerung aus ihren Häusern, Straßen und Werkstätten zu treiben und in ein Lager zu sperren, welches sich im Hof der Waggonfabrik befand. Streifen der deutschen Wehrmachtkräfte gingen von Haus zu Haus und haben aus denselben alle Männer, angefangen von den Kindern im Alter von 14 Jahren bis zu Greisen von 60 Jahren und darüber, herausgejagt.“²⁶ Laut eigenen Angaben von Mitte Oktober 1941 erschoss die 717. Division in Kraljevo „insgesamt 1736 Männer und 19 kommunistische Frauen“.²⁷ Ein ähnliches Verhältnis in der Geschlechterverteilung der Opfer zeigt sich auch rund um das Massaker von Kragujevac. Laut vorhandenen Informationen erschossen deutsche Soldaten dort 2.381 Männer und 26 Frauen.²⁸

Erschießungen von Frauen waren also im Vergleich zu Erschießungen von Männern relativ selten, kamen aber vor. Das ergibt sich auch aus den Nachkriegsaussagen von beteiligten Wehrmachts-soldaten. Hans-Dietrich Walther war An-

fang der 1960er Jahre Beschuldigter in einem Strafverfahren, weil sich unter den Dokumenten der Nürnberger Prozesse unter anderem ein Bericht von ihm über die „Erschießung von Juden und Zigeunern am 27. und 30.10.1941“ fand, in dem er den Ablauf einer solchen Mordaktion nördlich von Pancevo schilderte.²⁹ Befragt durch die Staatsanwaltschaft Tübingen berichtete Walther: „Die dritte von mir geleitete Exekution fand etwa eine Woche nach der zweiten statt. Auch hierbei sind wieder etwa 200 Menschen erschossen worden. Während bisher nur Männer erschossen wurden, war bei dieser Exekution auch eine jüngere Frau dabei. Sie war etwa 20 bis 30 Jahre alt. Am Exekutionsort schrie sie: ‚Heil Stalin, heil Moskau usw.‘“³⁰

Hans-Dietrich Walther war in seinen Aussagen darum bemüht, sich selbst zu entlasten, indem er immer wieder die Anwesenheit von SS-Offizieren betonte, die angeblich nicht nur während der Exekutionen zugegen waren, sondern auch die Gefangenen ausgewählt hätten. Er wurde auch nicht müde zu betonen, dass er fest an die Rechtmäßigkeit der damaligen Aktionen glaubte, schließlich hielten sich die Partisanen nicht an völkerrechtliche Regeln, und diese Vergeltungen seien durch Hitler selbst angeordnet worden.³¹ Insofern stellt sich die Frage, ob es die Frau wirklich gegeben hat bzw. ob sie wirklich „Heil Stalin, heil Moskau“ gerufen hat, bevor Walther sie erschießen ließ; gleichzeitig ist es aber indikativ, dass Walther eine solche Geschichte erzählt, in der bis zum Zeitpunkt seiner Einvernahme die Vorstellung vom kommunistischen „Flintenweibs“ nachwirkte.

Nichtsdestoweniger besteht hier eine Lücke: Während die Presse, die sich an die Heimatfront richtete, mehrmals und ausführlicher über die Frauen berichtete, die Teil der Partisanenbewegung waren, und dabei auch „Flintenweiber“-Stereotype bediente, spielen die Frauen, die auf Seiten der Partisanen kämpften und mit denen die deutschen Soldaten in Kontakt kamen, in den vorhandenen Unterlagen nur eine untergeordnete Rolle. Trotz einer Rhetorik, die suchte, die deutschen Soldaten gegen die gesamte Bevölkerung aufzubringen, waren in der Praxis Männer die vornehmlichen Opfer deutscher Vergeltungspolitik. Die Anzahl der im Rahmen der Partisanenbekämpfung erschossenen Frauen war, soweit aus den Akten rekonstruierbar, eher gering.

Die vorhandene Forschungsliteratur liefert zur Erklärung dieser Diskrepanz

nur wenige Hinweise: Wenn die Zahl der Frauen in den Reihen der Partisanenbewegung so hoch war, warum spielten diese in den Akten bzw. in der Vorstellungswelt der beteiligten Soldaten nur eine untergeordnete Rolle? Dass das Thema in der zeitgenössischen Berichterstattung für die Heimatfront stark aufgegriffen wurde, ist wenig verwunderlich, schließlich lag der propagandistische Nutzen des Stereotyps, wie Römer betont,³² unter anderem darin, zu einer Inszenierung beizutragen, die das NS-Regime als Verteidigerin der etablierten und damit „natürlichen“ bzw. „richtigen“ Geschlechterordnung darstellte. Bilder des „Flintenweibs“ bzw. der Frauen, die am Kampf teilnahmen, evozierten gesellschaftliche als Alpträume gebrandmarkte Vorstellungen des Zerfalls der etablierten Ordnung und der – gerade im Nationalsozialismus – als gut konnotierten patriarchalen männlichen Vorherrschaft. Für die Heimatfront spielte es auch eine Rolle, dass ein Großteil des Publikums aus deutschen Frauen bestand, an die sich die Propaganda mit ihren vermeintlichen Horrorvorstellungen sich auflösender Geschlechtergrenzen richtete.

Für die Truppen der Wehrmacht hingegen muss dieses Phänomen außerhalb der schriftlichen Quellen verhandelt worden sein. Ob es sich hier ähnlich verhielt wie in der Sowjetunion, wo massive Gewalt zum Einsatz kam, um die Geschlechterordnung wieder herzustellen, bedürfte zusätzlicher Forschung. Klar ist jedenfalls, dass sowohl in Jugoslawien als auch in der Sowjetunion die kämpfende Frau von den deutschen Faschisten als kommunistisches Phänomen aufgefasst wurde, das es gewaltsam zu bekämpfen galt.

Anmerkungen:

1/ Klaus Theweleit: Männerphantasien. Berlin 2019 (Erstausgabe 1977).

2/ Jelena Batinić: Women and Yugoslav Partisans. A History of World War II Resistance. New York 2015, S. 2.

3/ Ebd.

4/ Ebd., S. 77.

5/ Theweleit: Männerphantasien, S. 104

6/ Felix Römer: Gewaltsame Geschlechterordnung. Wehrmacht und „Flintenweiber“ an der Ostfront 1941/42, in: Franka Maubach/Silke Satjukow/Klaus Latzel (Hg.): Soldatinnen. Gewalt und Geschlecht im Krieg vom Mittelalter bis heute. Paderborn 2011, S. 331–351, hier S. 332.

7/ Ebd., S. 334.

8/ Ebd., S. 343.

9/ Zit. nach ebd., S. 336f.

10/ Ebd., S. 338.

11/ Bundesarchiv, Militärarchiv Freiburg im Breisgau (BA-MA), RH 53-18/288, Gebirgskrieg gegen bosnische Banden. Im strömenden Regen und balkanischer Hitze gegen Freischärler und Wegelagerer. Als Beobachter im Iser- und Riesengebirge, Hirschberg, 18.9.1942, Kriegsberichterstatte Karl Otto Zeitmann.

12/ Die Bandenkämpfe in Serbien und Kroatien, in: *Wiener Tagblatt*, 28.9.1942.

13/ Der letzte Akt in den Wäldern Bosniens. Die Schlacht in der Kozara Planina – im Hauptquartier des Chefs, in: *Grazer Tagespost*, 13.10.1942.

14/ Theweleit: Männerphantasien, S. 93ff.

15/ BA-MA, RH 26-118/41, 718. Infanterie Division, Tätigkeitsbericht der Abt. Ic vom 6.7.–31.12.1942, Anlagen 1–39.

16/ BA-MA, RH 26-118/41, Anlage 1 zu 718 ID, Abt. Ic, Br. B. Nr. 3591/42 geh., 6.12.1942.

17/ Römer: Geschlechterordnung S. 332; Theweleit: Männerphantasien, S. 89ff.

18/ United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), RG-49.008M_01, Reel 3, Box 27II, Folder 1, Doc. 19: Böhme, Befehl 25.9.1941.

19/ USHMM, RG-49.008M_01, Reel 3, Box 27II, Folder 2, Doc. 1, Turner an Böhme, 21.9.1941.

20/ BA-MA, MFB4/18733, 22.9.1941 Bevl. Kdr. Gen. Serbien, Abt. Ia, Nr. 861/41, geh. Kdos. gez. Böhme sn 342. ID, Befehl zur Säuberung des Save Bogens.

21/ BA-MA, MFB4/72332, 342. ID, Abt. Ia, Betr. Säuberung von Sabac, 2.10.41

22/ BA-MA, MFB4/72333, 342. ID, Divisionsbefehl für den 14. und 15.10.1941, 13.10.1941.

23/ BA-MA, RH 24-18/213, Bevollm. Kdr. Gen. Serbien, Abt. II/Chef Mil.V./Qu Nr.3208/41 geh., 25.10.41, Betr.: Niederwerfung des Aufstandes in Serbien.

24/ BA-MA, MFB4/72332, Div. St. Qu. IR 699, 28.9.1941.

25/ Die Zahlenangaben in deutschen Quellen weichen von denen in der jugoslawischen Literatur ab. Die genauen Zahlen werden wohl unklar bleiben. Siehe hierzu: Walter Manoschek: „Serbien ist judenfrei“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42. Oldenbourg 1995 (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 38), S. 164f.

26/ NOKW, Dokument 1638, zit. nach Manoschek: Serbien, S. 157.

27/ BA-MA, RH 26-117/3, Tagesmeldung vom 16. und 16.10.1941.

28/ Ljubinka Skodrić: Žena U Okupiranoj Srbiji 1941–1944. Zagreb 2020, S. 102.

29/ Bundesarchiv, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg, B162/4315, Verfahren gegen Hans-Dietrich Walther, Abschrift NOKW Dokument 905, IR 735 an 704 ID, 4.11.1941 betr. Sühnemaßnahmen.

30/ BA, Ludwigsburg, B162/4315, Vernehmung von Hans-Dietrich Walther am 2./3.5.1962.

31/ Ebd.

32/ Römer: Geschlechterordnung, S. 349f.

Neuerscheinung

Manfred Mugrauer: Widerstand und Verfolgung in Rudolfsheim-Fünfhaus 1938-1945. Eine Dokumentation, hg. vom Museumsverein Rudolfsheim-Fünfhaus in Kooperation mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
Wien 2024, 231 S., 10 Euro

Wien war in den Jahren der NS-Diktatur ein Zentrum des antifaschistischen Widerstands. Die meisten organisierten



Manfred Mugrauer

**WIDERSTAND UND
VERFOLGUNG IN
RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS
1938 – 1945**

Eine Dokumentation

Widerstandsgruppen gehörten der ArbeiterInnenbewegung und in zweiter Linie dem konservativen bzw. monarchistischen Spektrum an. Daneben gab es auch individuelles Oppositionsverhalten, das vom verbotenen Abhören ausländischer Rundfunksender über Sabotage an kriegswichtigen Einrichtungen bis zur Hilfeleistung für verfolgte Personen reichte.

In Rudolfsheim-Fünfhaus waren beide Formen von Widerstand und Opposition – der politisch organisierte und der individuelle Widerstand – stark vertreten. Dem Charakter als traditioneller ArbeiterInnenbezirk entsprechend, standen im 15. Wiener Gemeindebezirk Widerstandsgruppen der ArbeiterInnenbewegung im Mittelpunkt, allen voran im Straßenbahnhof Rudolfsheim, in der Hauptwerkstätte der Städtischen Straßenbahnen und am Wiener Westbahnhof.

Bestellungen:

www.museum15.at/museums-shop

Leopold Kulcsar – ein Leben im Widerspruch

Teil 3: Tod und Nachleben

GEORG PICHLER

Ende Dezember 1937 kehrte Leopold Kulcsar nach Prag zurück.¹ Keinen Monat später, am 28. Jänner 1938, sandte Luis Jiménez de Asúa ein Telegramm nach Barcelona, in dem er über den Tod Kulcsars nach einem Anfall von Urämie informierte.² Am 5. Februar ließ er einen sechseitigen Bericht über die Umstände und Konsequenzen von Kulcsars Ableben folgen, das für den Leiter der Gesandtschaft der spanischen Republik in der Tschechoslowakei „nicht nur von affektiver Seite, sondern sogar aus der Perspektive des Dienstes eine wahre Katastrophe“³ darstellte. In seinem Schreiben erklärte der Diplomat, dass Kulcsar seit dem Beginn seiner Arbeit für die Gesandtschaft sich häufig übergeben musste, weshalb die Ärzte eine Magenkrankheit vermuteten. Aufgrund des hohen Arbeitspensums verschlechterte sich sein Zustand zusehends, er magerte ab, seine offenbar auf Nervosität zurückzuführenden Leiden wurden ärger, ebenso wie seine Brechanfälle.

Trotz seiner üblen Verfassung bestand Kulcsar darauf, im November 1937 nach Spanien zu gehen, mit dem er sich so sehr identifizierte, dass er „bereits Spanier geworden war und unser Land wie das seine liebte“.⁴ Auf seiner Rückreise musste Kulcsar in Rotterdam auf den Weiterflug nach Prag verzichten, da er von starken Asthmaanfällen geplagt wurde. Am 29. Dezember begab er auf Anraten des Arztes nach Spindlermühle (heute Špindlerův Mlýn) ins Riesengebirge, doch verstärkte die Höhenluft sein Asthma. Am 5. oder 6. Jänner 1938 fuhr er deswegen in ein Sanatorium nach Teplice, wo die Ärzte eine Nierenklorose diagnostizierten und ihm noch anderthalb oder zwei Jahre gaben. Jiménez de Asúa besuchte ihn am 23. Jänner im Sanatorium, und sie besprachen hoffnungsfroh den künftigen Arbeitsrhythmus Kulcsars in der Gesandtschaft. Tags darauf telefonierte er lange mit ihm und stellte an seiner Stimme und aufgrund seines Geisteszustandes fest, dass die von ihm vermutete „Harnvergiftung bereits fortgeschritten war“.⁵ Kulcsars Lage verschlimmerte sich rapide, die Ärzte revidierten ihre Diagnose und gaben ihm nur noch ein paar Tage. Am 26. Jänner wurde Kulcsar auf eigenen Wunsch nach

Prag überstellt. Als ihn der Diplomat am 27. Jänner erneut besuchte, erkannte ihn Kulcsar zwar, war aber aufgrund seiner Verwirrung nicht mehr imstande zu sprechen. Am selben Tag noch wurde er an den Nieren operiert, die, wie sich herausstellte, nicht sklerotisch waren. Dennoch starb Leopold Kulcsar am 28. Jänner „um halb elf Uhr morgens“,⁶ ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben.

Anwesend waren neben Angehörigen der Gesandtschaft auch Ilse Kulcsars Mutter Alice und ihre Schwester Lotte, die mit Leopold in engem Kontakt gestanden waren: Er hatte sich um seine Schwiegerfamilie gekümmert und ihr immer wieder mit Geldbeträgen ausgeholfen. Jiménez de Asúa, der über medizinische Kenntnisse verfügte, vermutete, dass Kulcsar einer „akuten Nierenentzündung und einem Anfall von Niereninsuffizienz“⁷ zum Opfer gefallen war. Am 1. Februar wurde Leopold Kulcsars Leichnam verbrannt, dem Brauch der österreichischen Sozialdemokraten folgend. Jiménez de Asúa sprach bei der Trauerfeier und würdigte im Namen Spaniens die Verdienste Kulcsars, der „an der Front der Demokratie und in Verteidigung unserer Heimat“ gestorben sei.⁸

In der spanischen Gesandtschaft war Leopold Kulcsar nicht zu ersetzen, sein Tod warf einige Probleme auf. Der Diplomat berichtete davon, dass Kulcsars Schwiegermutter ihn um monatliche finanzielle Unterstützung bat, da dieser ihnen „recht große Summen“⁹ zukommen hatte lassen, ein Anliegen, das Jiménez de Asúa mit Verweis auf die für ihn unverzeihliche Untreue Ilses empört zurückwies. Weiters hatte Kulcsar nicht nur eine Unmenge an Schulden im Geheimdienst angehäuft, auch die „enormen Kosten“¹⁰ seines Krankenhausaufenthalts, seiner Operationen und der Kremation mussten von der Gesandtschaft beglichen werden. Und schließlich gab es das Problem der Nachfolge für einen schlichtweg unersetzbaren Mann, ein Posten, für den Jiménez de Asúa Kulcsars Stellvertreter Hans Torn vorschlug, ein ehemaliges Mitglied der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, mit der er sich jedoch zu jener Zeit im Disput befand.

Zwei Wochen später, am 15. Februar 1938, erschien auf der letzten Seite der im Brüner Exil gedruckten *Arbeiter-Zeitung* ein kurzer Nachruf auf Leopold Kulcsar. In ihm wurde seine Arbeit als Redakteur des *Eisenbahner*, seine Rolle bei der Verbreitung der illegalen *Arbeiter-Zeitung* im Austrofaschismus, die er „mit großem Geschick und großer Energie“ gelöst hätte, hervorgehoben. Ebenso erwähnt wurden die *Gruppe Funke*, sein Exil in der Tschechoslowakei, „einige bedeutende Artikel“ in der *Sozialistischen Tribüne* und in *Der Kampf*, aber auch seine Tätigkeit für die spanische Republik, der er „wichtige Dienste“ geleistet habe. „Obwohl er schon schwer krank war, arbeitete er mit außerordentlichem Fleiß, mit großer Energie, mit Scharfsinn und Umsicht. Überanstrengung beschleunigte den Verlauf seiner Krankheit!“

Leopold Kulcsar war wohl nie ein einfacher Mensch gewesen, doch scheint sich seine psychische Verfassung in den Jahren seines Exils, vor allem nach der Trennung von Ilse, verschlechtert zu haben. Vermuteten seine Zeitgenossen ideologische Verhärtung, übermäßiges Arbeitspensum oder Verzweiflung über den Verlust Ilses hinter seiner offensichtlich zunehmenden geistigen Verwirrung, so erwähnte keiner eine andere mögliche Hypothese, nämlich seine schlussendlich tödliche Nierenkrankheit, an der er wohl schon lange gelitten haben musste. Psychische Störungen können bereits früh auftauchen und sich im Endstadium, wie Jiménez de Asúa feststellte, rapide verschlechtern: „Die Urämie und ihre Folgeschäden treten nicht erst bei terminaler Niereninsuffizienz auf, sondern bereits bei einer nur moderat eingeschränkten Nierenfunktion.“¹¹

Leopold Kulcsar im Spiegel seiner Zeitgenossen

Der wohl treffendste Satz über den späteren Umgang mit Leopold Kulcsar stammt von Joseph Buttinger, der meinte, dass in Ilse und Leopold Kulcsar außerordentliche Gaben mit abstoßenden Eigenschaften gemischt waren: „Auch die rücksichtsloseste Feindschaft konnte ihre Talente nicht leugnen; umso eifriger wurden ihre Gebrechen betont.“¹² Tatsächlich findet sich unter ihren öster-

reichischen Genossinnen und Genossen kaum jemand, der nicht diesem Schema gefolgt wäre.

In Aufzeichnungen, Memoiren und anderen Texten hoben ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus den Jahren in Österreich die große Begabung des Ehepaars in politischen, ideologischen und intellektuellen Belangen hervor. Muriel Gardiner etwa war „beeindruckt von ihrer Intelligenz und ihrem politischen Verstand“.¹³ Ihr späterer Ehemann Joseph Buttinger beschrieb die Kulcsars als „den Leuten an der Spitze der Partei in Fragen illegaler Technik zweifellos überlegen. Sie kamen aus der Schule der Kommunistischen Partei, in der sie etwas von der Kunst der Konspiration gelernt hatten. [...] Sie] verrieten auch eine gründlichere Kenntnis der Geschichte und der widerstreitenden Lehrmeinungen des internationalen Sozialismus. Für die Auseinandersetzungen mit den Kommunisten waren sie durch ihre Erfahrungen mit der Politik und dem Apparat der Kommunistischen Partei ungleich besser ausgerüstet als die Mitglieder des Zentralkomitees.“¹⁴ Dennoch widmete Buttinger in seiner Autobiografie den beiden Personen, die früh sein politisches Talent erkannt hatten, zahlreiche, sehr unfreundliche Seiten und kritisierte vor allem Leopold, der für ihn „nur ein Schwächling war, feig, launenhaft und faul, ein Sklave der Bequemlichkeiten des bürgerlichen Lebens, dem heute entglitt, was er gestern erobert hatte“.¹⁵ Ilse Barea-Kulcsar meinte Jahre später, Buttinger, dessen Aussagen „ohnedies nur zu drei Viertel, vielleicht vier Fünftel“¹⁶ stimmen würden, habe „eine ziemlich neurotische Einstellung“ zu ihnen gehabt, „wie zu den meisten anderen Leuten, wie zu den meisten anderen Dingen“.¹⁷

Andere Mitstreiter kritisierten nicht nur ihre arroganten Umgangsformen, Leopolds Verschwendungssucht oder die Tatsache, dass sie sich in einem zutiefst bürgerlichen Wiener Stadtviertel „luxuriös“¹⁸ eingemietet hatten, wo sie zudem einen Lebenswandel führten, der vielen puritanischen Genossinnen und Genossen widerstrebte. Kulcsar „war Kettenraucher und trank immer wieder ein Gläschen Whisky, was ich damals als Sünde wider den Geist ansah“,¹⁹ schrieb etwa Joseph T. Simon. Er hob auch ihre ideologische Unzuverlässigkeit hervor: „Sie waren beide sehr nachlässig und befolgten vor allem nicht die strengen Regeln der Konspiration, die sie sehr überzeugend predigten.“²⁰ Für die KPÖ gehörten sie zu den „Scheinlinken“, gegen die

man „den schärfsten Kampf“²¹ zu führen habe. Auch wenn sie meist im Doppelpack kritisiert wurden, fiel das Urteil Ilse gegenüber etwas milder aus: „Ungeachtet ihrer Teilhaberschaft an den Fehlern und Vergehen ihres Mannes verriet Ilse Kulcsar stets Spuren von Rücksicht auf die Gefühle und Bedürfnisse anderer Menschen.“²²

Karl Frank charakterisierte Kulcsar (den er M. nannte) recht ausgewogen, wenn er meint, „dass es in der gleichen Person M. neben dem neurotischen, zum Schluss sogar psychotischen, gemeingefährlichen Narren M. auch ein Stück erhalten gebliebenen, besonders aktivistischen, gutartigen, sogar kameradschaftlichen M. gab. [...] So wie alle ähnlichen schließlich im Apparatschicktum scheiternden Personen größerer Begabung, war er nebenbei auch ein revolutionärer Aktivist, anregend und auch stellenweise ganz wirksam für die Bewegung. [...] Seine Zeitschrift hatte ein anständiges Niveau. Er hatte Charakterschwächen, er war insbesondere immer außerstande, mit Geld umzugehen, war ein großer Schuldenmacher, aber er war kein kleiner Korruptionist.“²³

Rolf Reventlow, der mit den Kulcsars in Brünn die Zeitschrift *Sozialistische Revue* herausgegeben hatte, antwortete 1971 auf eine Anfrage, was er von den Vorwürfen Katja Landaus den Kulcsars gegenüber halte, Leopold Kulcsars „aus seiner kommunistischen Zeit ererbtes sektiererisches Denken kann ihn in dieser Epoche, in der Ilse Kulcsar weit weg war und sich dann von ihm ganz löste, zu einer Rolle geführt haben, wie sie von Katja Landau geschildert wird. Dessen ungeachtet war er mit Sicherheit kein stalinistischer Agent.“²⁴

Leopolds Frau Ilse erklärte in einem Interview seinen schwierigen Charakter vor allem von seiner sozialen Herkunft her. Trotz seiner dürftigen Schulbildung habe er politischen Weitblick und eine starke rednerische Begabung gehabt und war „eine von diesen merkwürdigen, eigentlich theoretisch, historischen Begabungen, der darunter gelitten hat, dass er nicht die richtige Schulung gehabt hat“. Deswegen habe er „sich selber



Leopold Kulcsar (1900–1938) in den 1930er Jahren

© Collection Ull Rushby-Smith

überbetont, hat eine Unsicherheit gehabt, zum Teil die Unsicherheit desjenigen, der gerne akademische Studien gehabt hätte und sie nicht gehabt hat, [und] daher die Stellung von Intellektuellen überschätzt“ habe. Aus diesem Grund hätte er „wirklich sehr häufig zu gewissen Zeiten, später weniger häufig, einen Ansatz zu Gegnerschaft geboten, abgesehen davon, dass er im Benehmen dann manchmal übertrieben war“. Seine praktischen Leistungen habe man geschätzt, vor allem Otto Bauer, seine theoretischen Ansichten und Texte jedoch unterschätzt. Aus seinen Unstimmigkeiten mit den Parteivertretern und „aus seinen Schlampereien im Benehmen und in manchen Sachen der Lebensführung [wären] dann sehr viele Abneigungen gegen ihn entstanden, die in die Literatur“ eingegangen seien. „Er war also ein interessanter und begabter und im Grunde genommen ein recht unglücklicher Mensch, der viele Freunde gehabt hat, aber eigentlich mehr Gegner, die ihn nicht sehr gut verstanden haben.“²⁵

Weitaus positiver war hingegen die Sichtweise der Spanier. Es ist bereits mehrmals angeklungen, dass Luis Jiménez de Asúa in seinen Berichten an das Ministerium immer wieder Kulcsars menschliche Qualitäten und seine ausgezeichnete Arbeit hervorhob, oft in einem für diplomatische Post ungewohnt emphatischen Ton. Auch sein Stellvertreter Francisco Ayala, der einer der bedeutendsten spanischen Exilautoren werden

sollte, widmete Kulcsar einen hymnischen Abschnitt in seinen Erinnerungen. Als Organisator des Geheimdienstes hatte Kulcsar ihm zufolge „außergewöhnliche Kenntnisse und Mittel, [...] Einfallskraft und seine Begeisterung für die Sache des Antifaschismus“.²⁶ Kulcsar sei eine „wunderbare Person“ gewesen, „fein, scharfsinnig, gütig. Seine Hingabe an unsere Sache war berührend. Er wollte unbedingt nach Spanien gehen, wo er noch nie gewesen war.“²⁷ Ayala beschrieb Kulcsar zwar als „etwas neurotisch“ und von schweren Problemen des Verdauungsapparats geplagt, doch sei er „eine Person von großer menschlicher Qualität“²⁸ gewesen. 1959, also 21 Jahre nach Kulcsars Tod, erwähnte Ayala in einem Brief an Ilsa Barea-Kulcsar, dass er seinen Freund Leopold sehr geschätzt habe und bei seinem Tod zugegen war. „Er war ein ausgezeichnete Mensch und sprach vor uns stets mit Respekt und Zuneigung von Ihnen.“²⁹

Anatomie eines posthumen Rufmordes

„LEOPOLD KULCSAR, bekannt als Marech, und seine Frau ILSE KULCSAR. 1927 wurden beide unter der Anklage, Polizeispitzel zu sein, aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Sie traten der sozialdemokratischen Partei bei, die sie mit einer Geldsumme verließen, die ihnen anvertraut worden war, und flüchteten nach Prag, wo sie in die Dienste des GPU traten; sie waren am Mord an Marc Reinn beteiligt [...]; während die Frau in Barcelona blieb, reiste der Mann nach Prag und wurde Leiter der Pressestelle und Militärberater der spanischen Botschaft.“³⁰ In diesem Stil, mit all seinen Ungenauigkeiten, Rechtschreibfehlern und Unterstellungen, wurde Leopold Kulcsar 1975 von dem spanischen anarchistischen Journalisten und Schriftsteller Jacinto Toryho charakterisiert. In seiner Mischung aus Fakten und Falschheit war dies kein Einzelfall, bis heute halten sich ähnliche Gerüchte.

Wie wir schon gesehen haben, ließen seine österreichischen Zeitgenossen Kulcsar gegenüber nur wenig Gnade walten und zeichneten ihn beinahe durchwegs in einem sehr düsteren Licht. Die allermeisten schlossen aus der Broschüre von Katja Landau, dass Kulcsar tatsächlich im Auftrag des sowjetischen Geheimdienstes in Spanien gewesen sei und zahlreiche Verhöre durchgeführt habe. Bis heute geht in Österreich – und nicht nur hier – das Gerücht um, Kulcsar habe direkt mit der Ermordung Kurt

Landaus zu tun gehabt oder sei sogar sein Mörder gewesen, ein Gerücht, das obendrein Eingang in das „Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration“ fand, für das Kulcsar „wahrscheinl. maßgeb. an Verhaftung u. Verschleppung von Kurt Landau durch span. Geheimpolizei u. GPU-Vertr. in Spanien beteiligt“ war.³¹

Ebenso hatte die Anschuldigung von Katja Landau, Ilse sei als überzeugte Stalinistin in die Verhöre in Barcelona verwickelt gewesen, Folgen bis nach ihrer Rückkehr nach Wien. Noch 1976, also drei Jahre nach ihrem Tod, meinte Joseph Buttinger sich daran erinnern zu können, dass man während des Spanischen Bürgerkriegs „Ilse und Leopold Kulcsar wieder in den Reihen der (stalinistischen) Kommunisten finden [konnte], wo sie sich bei der Bekämpfung der Trotzlisten hervortaten“.³²

Manchmal blieb es bei eher konturlosen Andeutungen wie bei Ernst Glaser im Jahr 1995: „Konträre Ansichten über KP-Kontakte und die politischen Methoden der Sowjets haben zweifellos allmählich die Beziehung zwischen Ilse und Leopold Kulcsar zerstört [...]. Er verstrickte sich nämlich im Laufe der Zeit immer mehr in sowjet-kommunistische Bahnen, während sie sich dem westlichen Lager des humanistisch-demokratischen Sozialismus zuwendete, der im weltanschaulich-kulturellen Austromarxismus stets dominierte.“³³

Es gab jedoch auch eindeutige Anschuldigungen. So behauptete Manfred Marschalek im Jahr 1990: „Ilse Kulcsars Gatte Leopold verhörte indessen in Barcelona verhaftete echte oder angebliche Trotzlisten [und] dürfte auch beim rätselhaften Verschwinden Mark Reins, des Sohnes des russischen Sozialdemokraten Raphael Abramowič, beteiligt gewesen sein. Zwischen den Folterungen schrieb ‚Poldi‘ Kulcsar dann unter dem Pseudonym Paul Maresch Artikel für den *Kampf*, in denen er die österreichischen Revolutionären Sozialisten darüber aufklärte, warum ihre Genossen in Spanien umgebracht werden mussten.“³⁴ Leopold Kulcsars frühen Tod kommentiert Marschalek vieldeutig unkonkret: „Nicht nur Opfer, auch Henker starben damals häufiger als in friedlichen Zeiten.“³⁵

Hans Schafranek hätte in seiner umfangreichen und vielschichtigen Biografie Kurt Landaus die Möglichkeit gehabt, diesen Gerüchten Einhalt zu gebieten, hatte er doch unter anderem das aufschlussreiche Archiv von *Neu Beginnen* im Amsterdamer Institut für Sozial-

geschichte konsultiert. Doch begnügte er sich damit, Kulcsar als „eine der zwielichtigsten Gestalten in der österreichischen Arbeiterbewegung“³⁶ zu bezeichnen, und basierte seine Ausführungen über die Begegnung Katja Landaus mit Kulcsar in Barcelona allein auf deren Broschüre und auf „mündlichen und schriftlichen Mitteilungen“,³⁷ die der Historiker kommentierend wiedergab. Wie wenig ihn die Figur Kulcsars als solche interessierte, zeigt sich daran, dass er ihn nicht mit dessen Decknamen Paul Maresch in Verbindung brachte, sondern bloß kontextlos dem bereits erwähnten Artikel „Ganar la guerra!“ aus dem *Kampf* attestierte, er würde „alle stalinistischen Dogmen über den Charakter des spanischen Krieges“ wiederholen.³⁸

In Werken über die republikanische Gesandtschaft in Prag, in denen Leopold Kulcsar en passant erwähnt wird, ist die Sicht auf ihn neutral und deskriptiv.³⁹ Ähnliches ist der Fall bei der im Jahr 2000 erschienenen umfangreichen Studie von Jean-François Berdah über die „ermordete Republik“, in der er die „immense“ Arbeit und „die Genauigkeit und Spannweite der von Kulcsar gesammelten Dokumentation im militärischen, wirtschaftlichen und politischen Bereich“⁴⁰ für die Prager Gesandtschaft sehr positiv darstellte. Sechs Jahre später publizierte Berdah jedoch einen Aufsatz über antinazistische Geheimdienste der spanischen Republik, in der Kulcsars Rolle so ausführlich wie noch nie, wenn auch etwas anders beschrieben wird. So heißt es darin, dass Kulcsar „zunehmend in die politischen Kämpfe zwischen dem stalinistischen Kommunismus, dem Trotzismus und anderen ‚sozialfaschistischen Abweichungen‘“ verwickelt worden sei und „nicht nur im Dienste der Gesandtschaft durch die Hauptstädte Osteuropas“⁴¹ gereist wäre. Ebenso sei er als „Kommunist [...] mit ziemlicher Sicherheit an den Ereignissen in Barcelona im Mai 1937 und an den Repressionen [...], die in den folgenden Monaten gegen die POUM und die anarchistische Bewegung verhängt wurden“, beteiligt gewesen, denn aufgrund „seiner Kontakte auf höchster Ebene in Valencia, seiner intimen Kenntnis der österreichischen und deutschen Linken und seiner ideologischen Überzeugungen wäre es überraschend gewesen, wenn die Sowjetmacht nicht versucht hätte, die zahlreichen Stärken von Leopold Kulcsar in ihrem Kampf gegen die ‚Hitler-Trotzkisten‘ zu nutzen“.⁴² Viel Konjunktiv, kein einziger Beleg.

Aufgrund einer angeblichen Rivalität in der „Funkegruppe“ – wobei Berdah die österreichische *Gruppe Funke* der Kulcsars mit der deutschen Exilgruppe Funke von Kurt Landau durcheinanderbrachte⁴³ –, vielleicht aber auch, weil er nicht weiter konkretisierte Befehle ausführte, war Berdah zufolge Leopold Kulcsar „direkt“ am Verhör Kurt Landaus beteiligt, „nachdem dieser am 23. September 1937 von den Sturmtruppen festgenommen worden war. Es ist wahrscheinlich, dass Kulcsar auch in den Fall des Sozialdemokraten Marc Rhein [...] sowie in den Fall von Erwin Wolf [...] verwickelt war, die beide unter ungeklärten Umständen am 9. April und 27. Juli 1937 verschwanden.“⁴⁴ Die einzig nachweisbare Verwicklung Kulcsars in die beiden Fälle war sein in Teil 2 beschriebenes unrühmliches Verhalten, als er Gerüchte über das Verschwinden von Mark Rein verbreitete. Für Berdah ist es zwar schwer festzustellen, „wie sehr Leopold Kulcsar in der stalinistischen Unterdrückungsmaschinerie in Spanien kompromittiert war“.⁴⁵ Dass er es war, daran lässt er keinen Zweifel, denn „die Realität seiner Anwesenheit in Spanien und seine verhängnisvollen Machenschaften waren ausreichend belegt“.⁴⁶ Leider gibt er außer Berdahs Vermutungen keine handfesten Beweise für diese „Realität“ einer Anwesenheit Kulcsars in Spanien, außer natürlich dem erwähnten und mehrfach dokumentierten Aufenthalt im November und Dezember 1937. Ganz in dieser Linie der konstruierten Möglichkeiten schloss Berdah denn auch seinen Abschnitt über Kulcsar mit einem Gerücht über dessen Tod: „Ironischerweise starb Leopold Kulcsar selbst unter seltsamen Umständen am 24. Januar 1938, offiziell an Urämie, aber wahrscheinlich eher ein Opfer der stalinistischen Säuberungen, die damals immer mehr kommunistische Kader betrafen.“⁴⁷ Sieht man einmal vom falschen Datum ab, so beruft sich Berdah auf eine Studie von Gerald Howson, die, wie er selbst eingesteht, einige Fehler aufweist und in der, wieder ohne jegliche Beweise, ein Gerücht über Leopold Kulcsars Tod aufgetischt wird: „mancher vermutet (so war das Ambiente zu jener Zeit), dass er von den Russen vergiftet wurde“.⁴⁸ Gleichsam als Draufgabe heißt es bei Howson in einer Fußnote, „dass Ilse Kulcsar zutiefst kommunistisch und zu diesem Zeitpunkt eindeutig stalinistisch war und blieb“.⁴⁹ Diesmal im Indikativ der Gewissheit, aber natürlich ohne jeden Beweis. Und faktenwidrig.

Welche Wellen eine einmal, wenn auch unter dem Vorzeichen der Möglichkeit aufgestellte Behauptung schlagen kann, zeigt sich an einem anderen Werk. 2013 erschien eine Biografie von Jura Soyfer, in der ihr Autor, Alexander Emanuely, Ilse und Leopold Kulcsar auftreten ließ, da es „ziemlich wahrscheinlich [war], dass Jura Soyfer 1933 mit den Kulcsars in Kontakt kam“,⁵⁰ gesichert allerdings nicht. Gestützt auf einen nicht sehr breiten dokumentarischen Untergrund, übernahm Emanuely Joseph T. Simons falsche Behauptung, Kulcsar habe persönlich an der ungarischen Räterepublik teilgenommen und sei von Johann Schober vor der Hinrichtung bewahrt worden, machte Ilse Kulcsar zu einem Gründungsmitglied der KP und ließ beide schon „Anfang der 1920er Jahre [...] lautstarke KritikerInnen“⁵¹ dieser Partei werden, während sie es in Wirklichkeit erst einige Jahre später wurden. Weiter heißt es: „Bald gingen die Kulcsars nach Spanien, wo er, der in Wien noch vehement auf die Kommunisten geschimpft hatte, Verhöre für den sowjetischen Geheimdienst durchführte, kurzum ein Folterknecht wurde. Es ist anzunehmen, dass er schon in Wien Agent der GPU bzw. des NKWD gewesen ist.“⁵² Dabei beruft sich Emanuely auf Simons Autobiografie, der dies an der ausgewiesenen Stelle jedoch mit keinem Wort behauptet.⁵³

Mit Bezug auf den Artikel von Berdah heißt es nun weiter: „Zu Leopold Kulcsars Opfern hat auch Kurt Landau gezählt [...]. Auch wurden 1937 Max [sic] Rhein, Mitglied von Neu Beginnen, und Erwin Wolf, ehemaliger Sekretär von Trotzki, verschleppt und von Leopold Kulcsar gefoltert und ermordet.“⁵⁴ War Kulcsar bei Berdah noch „wahrscheinlich“ in beide Fälle „verwickelt“, so wird er bei Emanuely zum Folterer und Mörder von Rhein und Wolf. Schließlich wurde Kulcsar „plötzlich als Abweichler denunziert und starb 1938 unter mysteriösen Umständen bei einer Reise nach Paris“;⁵⁵ doch weder wurde er damals als Abweichler denunziert, dies war er für die KPÖ schon seit 1925, noch starb er bei einer Reise nach Paris, sondern in einem Prager Krankenhaus.

Im selben Jahr 2013 erschien ein umfangreiches, etwas reißerisches Werk über sowjetische Spionage im republikanischen Spanien: „Der Fall Orlov“ von Boris Volodarsky. Auch hier kommt Leopold Kulcsar als Nebenfigur vor, nämlich als „österreichischer Agent des NKWD“: „Dem zufolge, was Kulcsar in Barcelona tat, ist es wahrscheinlich, dass

er in Wien (wo ein sehr erfahrener Offizier des NKWD namens Vladimir Roschin 1935–1938 legaler Resident der Agentur war) rekrutiert worden war, oder in Prag (wo Peter Zubov die Station des NKWD von 1937 bis 1939 leitete).“⁵⁶ Im November 1937 sei Kulcsar dann nach Spanien geschickt worden, wo er für Orlov zu arbeiten begonnen hätte. Mit Bezug auf die erwähnten Berichte von Luis Jiménez de Asúa würdigte Volodarsky Kulcsars „beeindruckende“⁵⁷ Arbeit beim Aufbau des Geheimdienstes in Prag, irrte aber hinsichtlich Kulcsars Zugehörigkeit zum NKWD, für die er keinen einzigen Beweis vorlegt. Von Volodarsky übernahm der britische Historiker Julius Ruiz in seiner 2024 erschienenen, ideologisch verbrämten Studie, die unter dem bezeichnenden Titel „Der schmutzige Krieg“⁵⁸ die Machenschaften der Republik gegen den Feind im Inneren untersucht, die nie bewiesene Behauptung, Kulcsar sei sowjetischer Agent gewesen. Wie in den anderen Werken, wird auch hier ohne jede kritische Analyse oder Nachforschung ab- und der Topos des unter stalinistischer Patronanz mordenden Kulcsar fortgeschrieben.

Dass es auch anders geht, zeigt die 2022 erschienene Doktorarbeit des spanischen Historikers Gonzalo J. Martínez Cánovas über Luis Jiménez de Asúa. In dem Kapitel über die Arbeit des Diplomaten in der spanischen Gesandtschaft betitelt der Autor einen Abschnitt zwar etwas spektakulär „Der beunruhigende Fall Kulcsar“ und hält ohne jeden Zweifel fest, dass Kulcsar parallel „zur Arbeit, die er für die Gesandtschaft in Prag leistete“,⁵⁹ auch für den NKWD tätig gewesen sei. Doch erklärt er das Beunruhigende an diesem Fall damit, dass es schwer festzustellen sei, wie groß das Engagement Kulcsars für die „von Moskau aus in Gang gesetzte stalinistische Repression“ tatsächlich war, und dass man sich hier auf „äußerst unsicheres Terrain“⁶⁰ begeben. Martínez Cánovas stützt sich zwar auf Berdah und Volodarsky, gesteht aber zu, dass nicht eindeutig zu bestimmen sei, ob Leopold Kulcsar in Wien, Brünn oder in Prag vom NKWD rekrutiert worden war. Und er hält fest, dass Kulcsar nach Barcelona gekommen sei, um Beweise für Kurt Landaus angebliche Agententätigkeit im Dienst der Gestapo zu finden.⁶¹ Martínez Cánovas zufolge gebe es kaum Dokumente über den Aufenthalt Kulcsars in Barcelona, so dass man „wenig Konkretes über die Bewegungen Kulcsars in Spanien“⁶² präsentieren könne. Da es

aber in Spanien keine stalinistischen Säuberungen im großen Stil wie in der Sowjetunion gegeben habe, sondern „Spezialoperationen“ zur Beseitigung unliebsamer Gegner (etwa Andreu Nin, Kurt Landau, Mark Rein und Erwin Wolf unter ihnen), sei anzunehmen, dass Kulcsars Aufenthalt das Ziel gehabt habe, Beweismittel ausfindig zu machen, die „eine Anklage auf Verrat gegen den verschwundenen Landau stützen“⁶³ könnten. Der Fall Kulcsar endet also für Martínez Cánovas im Ungewissen, vor allem aufgrund des Mangels an eindeutigen Beweisen. Im Gegensatz zu anderen stellt er keine Vermutungen an und schreibt Kulcsar keine Schuld an Verbrechen zu, die dieser nicht begangen hat.

* * *

Möglich ist vieles, wahrscheinlich viel weniger, gewiss sehr wenig. Wenn man wie hier auf Erinnerungen, Autobiografien, persönliche Berichte, Briefe, eilig abgefasste politische Schreiben oder Interviews angewiesen ist und eher selten auf vertrauenswürdige Quellen setzen kann, muss man sich der Fragilität dieser Texte bewusst sein. Vieles, was in ihnen steht, beruht auf Gehörtem, auf Gelesenem, auf Gerüchten, auf Informationen, die von der Erregung des Moments getragen sind oder von der Erinnerung später verfälscht wurden. Alle diese Texte sind mehr oder weniger subjektiv, verteidigen, beschönigen, rechtfertigen die eigene Position und passen das Erzählte der Erinnerung an, oder die Erinnerung dem Erzählten. Querelen, Animositäten, Streitigkeiten waren in den 1920er und 1930er Jahren an der Tagesordnung, ihr Nachbild ist in allen Texten präsent und drückt sich etwa dadurch aus, dass die Kulcsars weitaus weniger prominent und wohl auch negativer konnotiert in den Erinnerungen auftauchen, als es ihrer tatsächlichen Rolle entsprach. Joseph Buttinger, der sich seitenlang an Leopold abarbeitete, und Otto Leichter, der das Ehepaar fast vollständig aus seinen Erinnerungen aussparte,⁶⁴ sind zwei bezeichnende Beispiele. Dass das einmal gezeichnete Bild von Leopold Kulcsar später nicht auf seinen Wahrheitsgehalt untersucht, sondern übernommen und sogar ins absurd Monströse übersteigert wurde, wird weder der historischen Person noch der Geschichte gerecht. Einige der Historikerinnen und Historiker, die Kulcsars Bild weiterschrieben haben, hatten dieselben Texte vor sich liegen, waren in denselben Archiven wie ich und haben wohl Details übersehen, Dokumente

nicht gefunden oder konnten aus mangelnder Sprachkenntnis wichtige Bücher oder Unterlagen nicht lesen. Das wird wohl auch hier der Fall sein. Es können aber auch bislang unbekanntes Dokumente auftauchen und ein neues Licht auf den Fall Kulcsar werfen – in den spanischen Archiven etwa sind Unterlagen aus der Zeit des Bürgerkriegs und des Franquismus noch immer nicht zur Gänze einzusehen, und der Zugang zu den russischen Archiven ist derzeit kaum möglich. Doch bis tatsächlich schlüssige Beweise für eine wie auch immer geartete Schuld Leopold Kulcsars vorliegen, so es sie gibt, sollte der Spruch *in dubio pro reo* nicht nur vor Gericht Geltung haben.

Anmerkungen:

- 1/ Archivo de la Fundación Pablo Iglesias, Alcalá de Henares, Archivo Luis Jiménez de Asúa (ALJA) 447-1, S. 22. Im Folgenden zitiert als ALJA. Wenn nicht anders vermerkt, wurden alle fremdsprachigen Texte vom Verf. übersetzt.
- 2/ ALJA-454-1, S. 167.
- 3/ ALJA-447-1, S. 21.
- 4/ Ebd.
- 5/ Ebd., S. 23.
- 6/ Ebd., S. 24.
- 7/ Ebd.
- 8/ Ebd.
- 9/ Ebd., S. 25.
- 10/ ALJA-447-4, S. 27.
- 11/ Friedrich Thaiss: Langfristige körperliche und psychische Folgen chronischer Nierenerkrankungen, in: Bundesgesundheitsblatt - Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, 65. Jg. (2022), S. 488–497, hier S. 489. Für den Hinweis danke ich Elke Sturm-Trigonakis und Kostis Trigonakis.
- 12/ Joseph Buttinger: Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung. Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft 1953, S. 216.
- 13/ Muriel Gardiner/Joseph Buttinger: Damit wir nicht vergessen. Unsere Jahre 1934–1947 in Wien, Paris, New York. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1978, S. 34.
- 14/ Buttinger: Österreich, S. 216.
- 15/ Ebd., S. 217.
- 16/ Österreichisches Staatsarchiv, (ÖStA), AVA, Nachlässe NZN E/1700.55.3, Isabella Ackerl: Gespräch mit Ilse Barea-Kulcsar, S. 69.
- 17/ Österreichische Mediathek, 10-20630_a, Interview mit Ilse Barea-Kulcsar von Gerhard Jagschitz: Über die „Gruppe Funke“, ca. 1970, Minute 1:39:40. I.d.F. zitiert als Jagschitz.
- 18/ Joseph T. Simon: Augenzeuge. Erinnerungen eines österreichischen Sozialisten. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1979, S. 135.
- 19/ Ebd.
- 20/ Ebd.

21/ Zit. nach Franz West: Die Linke im Ständestaat Österreich. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934–1938. Wien, München, Zürich: Europaverlag 1978, S. 67.

22/ Buttinger: Österreich, S. 216.

23/ Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam, Neu Beginnen Archives, Mappe 16: Mark Rein II, 1, Willi Müller an Abramowitsch, 22.2.1938, S. 5. Die originale Rechtschreibung und Zeichensetzung in den Zitaten werden beibehalten.

24/ Institut für Zeitgeschichte, Archiv Rolf Reventlow, ZS-2130-4, Kommentar zu der Broschüre *Le stalinisme en Espagne*, Brief an Werner Röder, 14.7.1971.

25/ Jagschitz, 10-20630_b, Minuten 42:08–46:26.

26/ Francisco Ayala: *Recuerdos y olvidos*. Bd. 1. Madrid: Alianza 1984, S. 222.

27/ Ebd., S. 225.

28/ Ebd., S. 226.

29/ Archivo Fundación Francisco Ayala, Granada, Epistolario Francisco Ayala, Brief von Francisco Ayala an Ilse Barea, 3.10.1959, <http://www.ffayala.es/epistolario/materia/61/?p=2>.

30/ Jacinto Toranzo: *No éramos tan malos*. Madrid: G. del Toro 1975, S. 338.

31/ Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933–1945, hg. vom Institut für Zeitgeschichte/Research Foundation for Jewish Immigration. Berlin: De Gruyter Saur 1985, S. 403.

32/ DÖW 18915/3, Wolfgang Neugebauer: Gedächtnisprotokoll der Befragung von Joseph Buttinger, Wien, 19.9.1967, S. 18.

33/ Ernst Glaser: Die Zeit der Illegalität. Muriel Gardiner (1901–1985) und Ilse Kulcsar (1902–1976), in: *IWK-Mitteilungen*, 50. Jg. (1995), Nr. 3, S. 2–9, hier S. 6.

34/ Manfred Marschalek: *Untergrund und Exil. Österreichs Sozialisten zwischen 1934 und 1945*. Wien: Löcker 1990, S. 217f.

35/ Ebd., S. 220.

36/ Hans Schafranek: *Das kurze Leben des Kurt Landau. Ein österreichischer Kommunist als Opfer der stalinistischen Geheimpolizei*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1998, S. 491.

37/ Ebd., S. 544.

38/ Ebd., S. 503, 547.

39/ Matilde Eiroa: *La embajada en Praga y el servicio de información de Jiménez de Asúa*, in: Ángel Viñas (Hg.): *Al servicio de la República. Diplomáticos y Guerra Civil*. Madrid: Ministerio de Asuntos Exteriores y de Cooperación, Marcial Pons 2010, S. 207–240, hier S. 229–232; Marina Casanova: *La diplomacia española durante la Guerra Civil*. Madrid: Ministerio de Asuntos Exteriores 1996, S. 149–153.

40/ Jean-François Berdah: *La démocratie assassinée. La République Espagnole et les grandes puissances 1931–1939*. Paris: Berg 2000, S. 337. Die Schreibweise von Kulcsars Namen wird in den Zitaten beibehalten.

41/ Jean-François Berdah: *Un réseau de ren-*

eignement antinazi au service de la République espagnole (1936–1939): Le mouvement Neu Beginnen et le Servicio de Información Diplomático Especial (SIDE), in: Frédéric Guelton, Abdil Bicer (Hg.): Naissance et évolution du renseignement dans l'espace européen (1870–1940). Paris: Service Historique de la Défense 2006, S. 295–322; hier zit. nach der online-Version: <https://hal.science/hal-00375143>, S. 18.

42/ Ebd.

43/ Zur Gruppe Funke der Landaus siehe Schafranek: Landau, S. 357–365.

44/ Berdah: La démocratie assassinée, S. 19.

45/ Ebd.

46/ Ebd., S. 20.

47/ Ebd.

48/ Gerald Howson: Armas para España. La historia no contada de la Guerra Civil española. Barcelona: Península 1998, S. 227.

49/ Ebd.

50/ Alexander Emanuely: Ausnahmezustand. Jura Soyfers Transit. Weitra: Bibliothek der Provinz 2013, S. 214.

51/ Ebd., S. 212f. Ebenso erwähnt er, dass Johann Schober die Schwester von Ilse Mutter geheiratet hatte, macht dann aber Leopold Kulcsar zu dessen „Schwager“ (ebd., S. 212).

52/ Ebd., S. 213f.

53/ Nämlich Simon: Augenzeuge, S. 134f. Die einzige Stelle wäre diese: „Ob sie sich beide wieder ihrer Jugendliebe, nämlich der kommunistischen Partei, zuwandten, ist im Falle von Ilse bestritten. Dass Leopold in Spanien im Auftrag des russischen Geheimdienstes brutale Vernehmungen durchführte, wird von Arturo Barea [...] erzählt“, wobei Barea mit keinem Wort den sowjetischen Geheimdienst erwähnt.

54/ Emanuely: Ausnahmezustand, S. 214.

55/ Ebd.

56/ Boris Volodarsky: El caso Orlov. Los servicios secretos soviéticos en la guerra civil española. Barcelona: Crítica 2013, S. 214.

57/ Ebd., S. 239.

58/ Julius Ruiz: La guerra sucia. La República contra la quinta columna. Barcelona: Planeta 2024, S. 311, 812.

59/ Gonzalo J. Martínez Cánovas: Luis Jiménez de Asúa (1889–1970). Utopía socialista y revolución jurídica al servicio de la Segunda República. Albolote: Comares 2022, S. 177.

60/ Ebd., S. 182.

61/ Ebd., S. 184f.

62/ Ebd., S. 187.

63/ Ebd., S. 188.

64/ Die Feindschaft blieb auch im Exil bestehen, denn Kulcsar schrieb im Jänner 1937 an Otto Bauer nach seinem Aufenthalt in Paris: „Leichter, der scheinbar in Paris keine größeren Sorgen hatte, als überall zu erzählen, Sie seien zwar unverständlicherweise mein ‚Protector‘ aber mit der R.S. sei ich unten durch“. Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Otto Bauer Papers, 10, ARCH00026, S. 64–73, hier S. 64.

Gedenkkundgebung zum 80. Todestag von Vater und Sohn Theodor Rakwetz

Der KZ-Verband/VdA Oberösterreich errichtete für die antifaschistischen Helden und Kundschafter der Roten Armee Vater und Sohn Theodor Rakwetz, die im Konzentrationslager Mauthausen ermordet wurden, eine neue Gedenktafel im Krematorium der Gedenkstätte Mauthausen. Diese Gedenktafel wurde am 13. Oktober 2024 im Rahmen einer Gedenkfeier der Öffentlichkeit übergeben.

Der Landesvorsitzende des Verbands Harald Grün begrüßte die TeilnehmerInnen der Kundgebung vor dem Mahnmal für Generalleutnant Karbyschew beim Lagertor. Als Gäste konnten der russischen Kulturattaché Botschaftsrat Stanislav Smirnov, die Bundesvorsitzende des KZ-Verbands/VdA Christine Steger sowie Julia Egger von *Memory Austria* begrüßt werden.

Nach der gemeinsamen Kranzniederlegung beim Karbyschew-Mahnmal sprach der stellvertretende Landesvorsitzende Jürgen Enser über die Leben und Wirken von Vater und Sohn Theodor Rakwetz bis zum faschistischen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Anschließend marschierten die TeilnehmerInnen durch das Lagertor über den Appellplatz zum Krematorium, wo die Ehrung bei der neu errichteten Gedenktafel fortgesetzt wurde. Dabei wurden Bilder von Vater und Sohn Rakwetz sowie die Ehrenfahne des KZ-Verbands Oberösterreich getragen. Der zweite Teil der Gedenkrede bei der Gedenktafel im Krematorium umfasste die Stationen vom 22. Juni 1941 bis zu Ihrer

Ermordung in Mauthausen. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion meldeten sich die österreichischen Kommunisten Theodor Rakwetz jun. und sen., die seit Jänner 1941 die sowjetische Staatsbürgerschaft besaßen, zum Einsatz in der Roten Armee. Zusammen mit anderen Österreichern wurden Vater und Sohn zu Fallschirmkundschaftern für den Einsatz hinter der Front ausgebildet. Sohn Theodor war mit gerade einmal 18 Jahren der jüngste Österreicher in der Sowjetunion, der als Fallschirmkundschafter diente. Nach dem Absprung hinter den feindlichen Linien gerieten sie in faschistische Gefangenschaft. Vater und Sohn Theodor Rakwetz wurden am 14. Oktober 1944 im KZ Mauthausen ermordet. Botschaftsrat Smirnov bedankte sich für die Ehrung und würdigte Leben und Wirken dieser mutigen Antifaschisten. „Betty Rossa & Kapelle“ umrahmten mit antifaschistischen Liedern die Gedenkkundgebung.

Im Anschluss erfolgte im Krematorium durch Julia Egger und Botschaftsrat Smirnov die Anbringung eines Erinnerungszeichens für den unbeugsamen Leutnant der Roten Armee, Tikhon Mikhailovich Negirish, der gemeinsam mit 13 weiteren Gefangenen des Block 20 am 18. Mai 1944 im KZ Mauthausen hingerichtet wurde.

Vater und Sohn Theodor Rakwetz gehörten zum Besten, was die österreichische Arbeiterklasse im Kampf für ihre Befreiung und im antifaschistischen Befreiungskampf Österreichs aufzubieten hatte.

HARALD GRÜNN/JÜRGEN ENSER



Hinrichtung unter dem Weihnachtsbaum

Vor 80 Jahren wurden die Wiener Kommunisten Ernst Burger, Rudolf Friemel und Ludwig Vesely im Konzentrationslager Auschwitz gehenkt

Als der damalige polnische Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz im Jahr 1947 auf seinen ehemaligen KZ-Kameraden Ernst Burger angesprochen wurde, erwiderte dieser, dass sein Bild in jeder Schulklasse Wiens hängen müsste. Burger, ein führender Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes, war vom Oberlandesgericht Wien wegen antifaschistischen Widerstands zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden, wurde aber nach Haftverbüßung nicht freigelassen, sondern im Dezember 1941 ins Konzentrationslager Auschwitz eingewiesen. Gemeinsam mit anderen österreichischen Häftlingen, u.a. mit Rudolf Friemel, Hermann Langbein und Ludwig Vesely, nahm er hier die organisierte politische Arbeit auf. Von den Österreichern ging auch die Initiative aus, die einzelnen nationalen Häftlingsgruppen zusammenzufassen. Hieraus resultierte im Mai 1943 die „Kampfgruppe Auschwitz“ als international zusammengesetzte Widerstandsorganisation.

Fluchtversuch aus Auschwitz

Angesichts des Vormarsches der Roten Armee wurde ab Frühjahr 1944 die militärische Komponente des Lagerwiderstands forciert. Um den politischen Schwerpunkt außerhalb des Lagers zu verlegen und eine schlagkräftige Zusammenarbeit mit den in der Umgebung von Auschwitz operierenden polnischen Partisanengruppen sicherzustellen, wurde die Flucht von führenden Mitgliedern der Kampfgruppe beschlossen. Burger sollte am 27. Oktober 1944 gemeinsam mit vier polnischen Häftlingen fliehen und auf einem Lastwagen mit Schmutzwäsche zu einem mit den Partisanen vereinbarten Treffpunkt gebracht werden. Der Plan

wurde jedoch verraten. Das Fahrzeug verließ zwar das Lager, ließ dann aber SS-Leute aufsteigen und fuhr zurück vor den Bunker. Als die fünf den Verrat bemerkten, nahmen sie Gift, worauf zwei Polen starben. Den anderen wurde rechtzeitig der Magen ausgepumpt, damit sie von der SS über die Hintergründe der Flucht einvernommen werden konnten.

Als Fluchthelfer verhaftet wurden auch Friemel und Vesely, die in ihrem Arbeitskommando einen SS-Mann für diesen Plan gewonnen hatten. Dieser wiederum zog einen SS-Rottenführer ins Vertrauen, der nicht nur den Fluchtplan, sondern auch die beiden Organisatoren verriet. Vesely hatte bereits mehrere Zuchthäuser hinter sich und war nach Haftverbüßung im Juni 1942 nach Auschwitz deportiert worden. Friemel hatte in Spanien in den Reihen der Internationalen Brigaden gekämpft und kam Anfang Jänner 1942 in Auschwitz an. Es folgten wochenlange Einvernahmen der Häftlinge durch die Lager-Gestapo. Burger, Friemel, Vesely und die beiden polnischen Kameraden gaben aber trotz Misshandlungen keine ihrer Verbindungen preis.

„Heute wir, morgen ihr!“

Am 30. Dezember 1944, wenige Wochen vor der Evakuierung und Befreiung des Konzentrationslagers, wurden Burger, Friemel und Vesely gemeinsam mit den beiden polnischen Kameraden Piotr Piąty und Bernard Świerczyna gehenkt. 15.000 Häftlingen mussten am Appellplatz des Stammlagers antreten, um der Hinrichtung beizuwohnen. Gefesselt und trotz der Kälte barfuß wurden die fünf Häftlinge aus dem Bunker zum Galgen geschleppt. Unweit von ihm ließ der Lagerkommandant einen Weihnachts-

baum entzünden. Unter Schlägen der SS und mit antifaschistischen Losungen auf den Lippen gingen die fünf in den Tod. Burger rief „Nieder mit dem Faschismus“ und „Es lebe ein freies, unabhängiges Österreich“, „Nieder mit der braunen Mordpest!“, rief Friemel. „Heute wir, morgen ihr!“, waren jene Worte, die Vesely seinen Henkern ins Gesicht rief. Wenige Monate bzw. Jahre später sollten sie Wirklichkeit werden: Am 27. Jänner 1945 wurden die nach der Evakuierung im Lager zurückgelassenen Häftlinge von der Roten Armee befreit. Frühere Kommandanten des Lagers wurden in den folgenden Monaten und Jahren teilweise am Ort ihrer Verbrechen hingerichtet.

Gedenken an die „Helden von Auschwitz“

Nach 1945 wurde das Andenken an Ernst Burger, Rudolf Friemel und Ludwig Vesely von KPÖ und KZ-Verband hochgehalten. Zum fünften Jahrestag ihrer Ermordung wurden im Dezember 1949 vom Wiener KZ-Verband und der Lagergemeinschaft Auschwitz an den ehemaligen Wohnhäusern der drei Freiheitskämpfer in der Matznergasse 18 in Wien 14. (Burger), in der Ernst-Ludwig-Gasse 8 (Mithlingerhof) in Wien 10. (Friemel) und in der Grasbergergasse 4 (Wildganshof) in Wien 3. (Vesely) Gedenktafeln enthüllt. In den folgenden Jahren wurden hier Gedenkkundgebungen abgehalten, in deren Rahmen ehemalige KZ-Kameraden wie Hermann Langbein und Franz Danimann Ansprachen hielten.

Als 2017 die Sanierung des Hauses Matznergasse 18 abgeschlossen war, wurde die Gedenktafel für Ernst Burger nicht mehr angebracht. Eine Nachfrage bei den Hauseigentümern ergab, dass die Tafel nicht mehr auffindbar sei. Umso erfreulicher ist es, dass Ende November dieses Jahres die Eigentümerin des Hauses die Information übermittelte, dass die Tafel nun doch aufgefunden worden sei und sie beabsichtige, das Erinnerungszeichen noch im Dezember wieder aufhängen zu lassen. Der Wiener KZ-Verband wird Ende Dezember zum 80. Jahrestag der Hinrichtung von Ernst Burger bei der neu enthüllten Gedenktafel eine Kundgebung veranstalten.

MANFRED MUGRAUER

Die österreichischen Kommunisten Ernst Burger, Rudolf Friemel und Ludwig Vesely



Franz Muhri als Akteur des marxistisch–christlichen Dialogs

„Er war in der Tat eine von vielen geschätzte und geliebte Persönlichkeit – aufgrund seiner Rechtschaffenheit und seines unermüdlichen Einsatzes zum Aufbau einer gerechteren und solidarischeren Gesellschaft. Die Fokolar-Bewegung hatte die Freude und Ehre, ihn kennengelernt zu haben und mit ihm – auch in der konkreten Erfahrung – die gemeinsamen Ideale von Geschwisterlichkeit, Freiheit und Frieden zu teilen. Er bleibe als Beispiel und Ansporn stets in Gedanken unter uns.“ Mit diesen Worten kondolierte Chiara Lubich, die Gründerin der Fokolar-Bewegung, dem damaligen KPÖ-Vorsitzenden Walter Baier im Jahr 2001 zum Tod von Franz Muhri. Diese Worte sprechen mir aus der Seele und fassen den marxistisch-christlichen Dialog der Fokolar-Bewegung mit Franz Muhri treffend zusammen.

Muhri selbst hat diesen Dialog bei seiner letzten Auslandsreise im Juni 2001 am internationalen Dialog-Kongress für Menschen religiöser und nicht-religiöser Überzeugung in Rom so beschrieben: „Im Laufe des Dialogs haben wir erkannt, dass seitens der christlichen und marxistischen Diskussionspartner unterschiedliche Wörter und Begriffe verwendet werden, mit welchen wir im Grunde Ähnliches oder das Gleiche meinen. Wenn z.B. Chiara Lubich von ‚universeller Geschwisterlichkeit‘ spricht und erklärt ‚Liebe alle, liebe den anderen wie dich selbst. Liebe ihn nicht mit Worten, sondern Taten‘, so verwenden wir dafür in unserer Bewegung den Begriff der aktiven Solidarität.“

Und weiter: „Es wäre einseitig, nicht auch auszusprechen, dass es viele wesentliche Fragen und Probleme gibt, wo Auffassungsunterschiede weit auseinander liegen. Dass wir das gegenseitig respektieren, dass wir nicht das Trennende, sondern das, was uns einen könnte, in den Vordergrund rücken, stellt eine Voraussetzung für unseren fruchtbaren Dialog dar.“ Ein Vermächtnis sind Muhris abschließenden Worte: „Und es ist meine Vision für die Zukunft, dass es gelingt, solchen Dialogen in den verschiedensten Formen, national und international eine noch wesentlich größere Dimension zu verleihen, viele neue Menschen einzubeziehen. Das würde ein wichtiger Beitrag sein für die Verwirklichung einer Gesellschaft des Humanismus, ohne

Ausbeutung der Menschen, der Solidarität und des dauerhaften Friedens.“

Muhris Worte und Taten wurden durch die Fokolar-Bewegung auch weltweit in kirchlichen Kreisen wahrgenommen und wertgeschätzt. Hier einige Schlaglichter davon: Das gemeinsame Engagement im Rahmen der Europa- und Weltsozialforen in Nairobi und Dakar. Dann im Februar 2003 das gemeinsame Engagement für den Frieden vor dem zweiten Irakkrieg mit einem ökumenischen Friedensgebet im Stephansdom und einer Kundgebung in der Innenstadt. Im selben Jahr fand eine wichtige Begegnung von Chiara Lubich und dem damaligen Vorsitzenden der Rifondazione Comunista und der Europäischen Linkspartei Fausto Bertinotti über Vermittlung von Irene Filip statt. Im Stephansdom haben wir uns dann noch einmal 2018 versammelt zu einem gemeinsamen Gedenken an die von den Nazis zum Tode verurteilte Schwester Restituta Kafka und an kommunistische Widerstandskämpfer.

Walter Baier hat den Dialog im Sinne von Franz Muhri weitergeführt. Zehn Jahre nach Muhris Tod nahm er deshalb auf Vorschlag der Fokolar-Bewegung als einer von fünf atheistischen Intellektuellen am interreligiösen Friedentreffen in Assisi teil, das von Papst Benedikt XVI. einberufen wurde. Es entstand die christlich-marxistische Plattform „Dialog“ nach einer Privataudienz von Papst Franziskus im Jahr 2014 mit dem damaligen

griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras, mit Walter Baier als Leiter des Bildungsnetzwerks „transform! Europe“ und Franz Kronreif von der Fokolar-Bewegung. Im Jänner dieses Jahres wurde eine 15-köpfige Delegation vom Papst eingeladen, um die Ergebnisse ihrer Arbeit der letzten zehn Jahre vorzustellen, die teils mit Unterstützung des Vatikans entstand. Ziel von Dialog ist die Umsetzung einer „transversalen Sozialethik und integralen Ökologie zwischen der Soziallehre der katholischen Kirche und der marxistischen Sozialkritik“.

Auch wenn wir von einer Gesellschaft des Humanismus noch weit entfernt sind, so ist der Samen, den Franz Muhri ausgesät hat, doch zu einer widerstandsfähigen Pflanze herangereift, die überraschende Früchte hervorbringt. Begonnen hat dies alles am 26. Juni 1998. Auf Vermittlung von Lisa Schüller hat ein erster Austausch mit Franz Muhri, Pater Mario Maggi, VertreterInnen der KPÖ und der Fokolar-Bewegung in der Kirche am Mexikoplatz im 2. Wiener Gemeindebezirk stattgefunden. Dort wurde vereinbart, so Franz Muhri, „nunmehr mit einem ausführlicheren, tiefer gehenden Dialog zu beginnen“. Und es ist längst nicht beim Dialog geblieben. Neben dem konkreten Engagement sind wohl vor allem die gewachsenen Freundschaften das Schönste und Bereicherndste.

Beinahe drei Jahre lang gab es das so genannte „Dreiertreffen“ im Gasthaus

Dialog zwischen Fokolar-Bewegung und KPÖ im Juni 2000 (v.l.): Karin Oberegelsbacher, Thomas Schönfeld, Lisa Schüller, Franz Muhri und Pater Mario Maggi



Hansy am Praterstern mit Lisa Schüller, Franz Muhri und mir. Bei Sacherwürstel wurden in wachsendem Vertrauen auch oft sehr impulsiv und dann wieder behutsam die halbjährlichen Dialogveranstaltungen zu unterschiedlichsten Themen vorbereitet. Es trafen sich jeweils 15 Personen der KPÖ und der Fokolar-Bewegung, um z.B. über die Erneuerung in der Kirche und in der KPÖ oder über Partizipation und Solidarität u.v.a.m. zu sprechen.

Es war der ausdrückliche Wunsch von Franz Muhri, einen solchen Dialog zu beginnen. So wie er in seinen letzten Lebensjahren gemeinsam mit Walter Baier an der Rehabilitierung österreichischer Opfer des Stalin-Terrors gearbeitet hat, so hat er respektvoll und entschieden einen „historischen“ Dialog mit der katholischen Kirche begonnen. Die Fokolar-Bewegung hat er stets als eine Vertretung der Weltkirche gesehen. Franz Muhri war der erste Akteur dieses Dialogs, und wir haben sehr bald einen Gleichklang mit seinem Anliegen wahrgenommen.

Für uns, die wir im Geist des II. Vatikanischen Konzils unser Christsein verstehen, ist Dialog nur dann ein solcher, wenn er voraussetzungslos und grenzenlos ist (mit jedem, der es ehrlich meint), nicht berechnend ist und die Achtung der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit einschließt. Dialog setzt immer wieder neu eine innere Haltung voraus, nämlich Wertschätzung, einen Vertrauensvorsprung und Klarheit und die Bereitschaft Aspekte der Wahrheit in anderen Ansichten zu entdecken. Ich selbst habe dabei so vieles gelernt: einen geschärften Blick für gesellschaftliche Ungerechtigkeit, oder die eigenen Sicherheiten kritisch zu hinterfragen. Franz Muhri hat mich und uns mit seiner menschlichen Größe und Bescheidenheit und seinem Wahrheitsanspruch herausgefordert.

Wir haben es auch als Privileg und Vertrauenserweis empfunden, in die Auseinandersetzung um die Grundzüge einer Neuorientierung der KPÖ miteinbezogen worden zu sein. Wer Franz Muhri als Akteur des Dialogs war, und was als Ansporn bleibt, das hat Pater Mario bei der Verabschiedung von Muhri im September 2001 so ausgedrückt: „Bei unseren Dialogtreffen hatten nicht nur seine Worte Gewicht. Auch sein schweigendes Zuhören hat gesprochen. Er war gefestigt in seinen Idealen und sein Streben nach persönlicher und gesellschaftlicher Erneuerung ist wie ein innerer Aufruf an jede und jeden von uns.“

KARIN OBEREGELSBACHER

Heimo Halbrainer: Todesurteile. Vergessene Verbrechen der NS-Justiz in der Steiermark. Graz: Clio 2024, 280 Seiten, 29 Euro

„Vergessene Verbrechen der NS-Justiz in der Steiermark“ nennt der Grazer Historiker Heimo Halbrainer diese umfassende Darstellung der nationalsozialistischen Unrechtsjustiz am Beispiel der von ihr verhängten Todesurteile. Gleich am Beginn seiner Untersuchung führt er eine Voraussetzung dafür an, dass die Untaten der Mörder in der Richterrobe in der Steiermark noch mehr als anderswo in Vergessenheit geraten konnten: die systematische (und gründliche) Vernichtung sowohl von Personalakten als auch der Verfahrensakten von Strafprozessen, die die Indienstnahme der Justiz für die politische Verfolgung durch das NS-Regime dokumentieren. In zahlreichen Fällen, deren Akten 1945 verbrannt worden waren, war es dem Autor aber auf der Grundlage von Zeitungsberichten möglich, die Prozesse wenigstens ansatzweise zu rekonstruieren.

Indem Halbrainer alle Verfahren im Reichsgau Steiermark (einschließlich der annektierten slowenischen Gebiete) in seine Untersuchung aufgenommen hat, liefert er auch eine Darstellung der verschiedenen Institutionen der NS-Justiz. Der Autor stellt die Tätigkeit der NS-Justiz im Reichsgau Steiermark (der ab 1941 auch die annektierten slowenischen Gebiete der Untersteiermark/Štajerska umfasste) in fünf Abschnitten vor: die Todesurteile der Sondergerichte in Leoben und Graz (einschließlich der Todesurteile, die in „normalen“ Gerichtsverfahren durch die Strafkammer des Landesgerichts Graz verhängt wurden), die vom Volksgerichtshof verhängten Todesurteile gegen Angeklagte aus dem Reichsgau Steiermark (einschließlich der Todesurteile gegen slowenische „Hoch- und Landesverräter“), die Todesurteile der Senate für Hoch- und Landesverrat an den Oberlandesgerichten Wien und Graz, die Todesurteile des Sondergerichtshofs für politische Straftaten in der Untersteiermark und der Strafkammer Marburg sowie die drei Verhandlungen vor dem Standgericht, das Gauleiter Sigfried Uiberreither in seiner Eigenschaft als „Reichsverteidigungskommissar“ für die Steiermark am 30. März 1945 einsetzte. Einen eigenen Abschnitt widmet der Autor dem Schicksal der zum Tode Verurteilten; den Begnadigungen, den Hinrichtungen in Wien (1940–1943) und Graz (1943–1945) sowie der

Situation in den letzten Wochen vor der Befreiung, als einige der Verurteilten freigelassen, ein Teil evakuiert und ein weiterer Teil der Gestapo übergeben und in der SS-Kaserne Wetzelsdorf erschossen wurde. Abschließend geht Halbrainer auf den Umgang der Nachkriegsgesellschaft mit den Verbrechen der NS-Justiz in der Steiermark ein. Die Aktenvernichtung im März/April 1945 hatte sich für die Täter ausgezahlt: Viele ihrer Verbrechen waren nicht mehr nachweisbar („NS-Juristen vor Gericht – ein gescheitertes Unterfangen“ betitelt der Autor dieses Kapitel).

Die Todesurteile werden vollständig erfasst, soweit diese angesichts der nationalsozialistischen Aktenvernichtungsaktionen möglich ist. Der Autor stellt die einzelnen Fälle zunächst tabellarisch dar und schildert sie – soweit Angaben über den Gegenstand und Verlauf des Verfahrens aufgrund der Aktenlage möglich sind – sodann in Einzelfalldarstellungen. Aus den Tabellen geht hervor, dass in den ersten Jahren des Bestehens des Sondergerichts Graz in durchaus relevantem Ausmaß (rund ein Viertel aller Fälle) nach der Verhängung eines Todesurteils der/die Verurteilte begnadigt wurde, dass aber ab Jänner 1943 nur mehr in einem einzigen Fall die Umwandlung eines Todesurteils in eine Zuchthausstrafe erfolgte. Für Halbrainer ist das eine unmittelbare Auswirkung der Kritik Hitlers an der zu wenig „scharfen“ Justiz. Nach monatelangem Trommelfeuer in der NS-Presse gegen zu milde Urteile hatte Hitler am 26. April 1942 in einer Reichstagsrede erklärt, die Justiz müsse aufhören, formales Recht durchsetzen zu wollen. Er werde als „oberster Gerichtsherr“ nicht zögern, Richter, die das Gebot der Stunde nicht verstehen würden, ihres Amtes zu entheben. Übrigens stellte sich die Frage der Umwandlung von Todesurteilen in Zuchthausstrafen nur in Graz; die vom Sondergericht Leoben verhängten Todesurteile wurden mit einer Ausnahme alle vollstreckt.

Eine Methode, die Justiz „auf Linie“ zu bringen, waren die so genannten Richterbriefe, in denen anhand anonymisierter Fälle zu milde Urteile kritisiert bzw. harte Urteile als vorbildlich dargestellt wurden. Halbrainer zitiert die Erläuterungen zur Anwendung der „Volksschädlingsverordnung“ aus dem Richterbrief, den das Reichsjustizministerium am 1. Oktober 1942 an alle Richter des Großdeutschen Reichs verschickte: Hatte ein Richter „nach gewissenhafter Prüfung der Straftat und der Täterpersönlichkeit ent-

schieden, dass ein Verbrecher als ‚Volksschädling‘ anzusprechen ist“, so müsse dies auch im verhängten Strafausmaß zum Ausdruck kommen, was in der Regel die Todesstrafe bedeutete. Jeder Täter, „der seine Verbrechen unter Ausnutzung der Kriegsverhältnisse begeht, tritt damit zum Feinde über. Seine treulose Gesinnung und seine Kampfansage verdienen daher strengste Strafen. [...] Der Schutz der Volksgemeinschaft verlangt, dass die Strafe im Kriege in derartigen Fällen vor allem zur Abschreckung dient. [...] Jede zu milde Strafe gegen einen Volksschädling schadet früher oder später der Gemeinschaft und trägt die Gefahr einer seuchenähnlichen Verbreitung und allmählichen Zersetzung der Wehrfront in sich. Es ist daher immer besser, der Richter vernichtet einen solchen Seuchenträger rechtzeitig, als dass er später hilflos einer verseuchten Mehrheit gegenübersteht.“ (S. 54)

Hervorgehoben werden soll auch die Breite des Ansatzes, der nicht nur die im engeren Sinne politischen Verfahren erfasst – d.h. wegen Hochverrat, Landesverrat und Wehrkraftzerstörung vor dem Volksgerichtshof und den besonderen Senaten an den Oberlandesgerichten sowie wegen „Heimtücke“ (Kritik am NS-Regime), „Rundfunkverbrechen“ (Abhören ausländischer Radiosender), Wehrkraftzerstörung durch Zivilpersonen und „Kanzel-Missbrauch“ (NS-kritische Predigten in der Kirche) vor den Sondergerichten. Dadurch, dass alle Todesurteile in die Darstellung aufgenommen wurden, werden auch die Verfahren wegen jener Dutzenden weiteren Delikte beschrieben, die der NS-Justiz „todeswürdig“ erschienen, wenn der Täter oder die Täterin als „Volksschädling“ oder „Gewaltverbrecher“ klassifiziert wurde. Von den 84 Todesurteilen des Sondergerichts Graz wurden 55 wegen Anklagen verhängt, die diesen beiden Kategorien zugeordnet wurden.

Um mit Straftätern „kurzen Prozess“ machen zu können, waren die Sondergerichte geschaffen worden. Kriterium für die Strafwürdigkeit war neben dem Strafgesetzbuch das „gesunde Volksempfinden“ – vor allem dann, wenn das herkömmliche Strafrecht wegen der angezeigten Tat nur geringfügige oder gar keine Strafen vorsah. Halbrainer gibt damit auch „einen Einblick in die alltägliche Kriminalität während der Zeit des Nationalsozialismus. Die wie in anderen Zeiten auch, von Betrug und Brandstiftung über Diebstahl, Nötigung und Körperverletzung bis hin zu Mord und Tot-

schlag reichte, die nun aber für die vor die Sondergerichte Gestellten tödlich endeten.“ (S. 11)

Ausführlich widmet sich der Autor der Darstellung der vom Volksgerichtshof verhängten Todesurteile. Diese ermöglichen es, Art und Ausmaß des politischen Widerstands gegen die NS-Herrschaft – insbesondere von KPÖ und *Roter Hilfe* – detailliert darzustellen. Hatte der Oberreichsanwalt entschieden, dass ein Strafverfahren vor dem Volksgerichtshof zu führen sei, wurde damit gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit eines Todesurteils vorherbestimmt: Über rund ein Drittel der Angeklagten vor dem VGH wurde ein Todesurteil verhängt. Ab Juli 1942 tagte der Volksgerichtshof alle paar Monate in Graz und verhängte insgesamt 129 Todesurteile, von denen 15 in mehrjährige Zuchthausstrafen umgewandelt wurden.

Halbrainer zitiert aus einer vom Reichspropagandaamt im Sommer 1942 herausgegebenen Broschüre mit dem Titel „Im Namen des Volkes“, die vor jeglicher Unterstützung oppositioneller Aktivitäten, insbesondere auch vor Spenden für Inhaftierte, warnte: „Nicht weniger strafbar ist jegliche Form der Unterstützung etwa durch die Bezahlung von Beiträgen. Hierzu gehören auch die immer wieder vorkommenden Sammlungen mit dem angeblichen Ziel, Angehörige von inhaftierten Kommunisten zu unterstützen. Wer für kommunistische Ziele auch nur eine Mark bezahlt, hat seinen Platz innerhalb der Volksgemeinschaft verwirkt. Der notwendige unerbittliche Kampf gegen das Verbrechen des Hochverrats ist aber nur dann wirksam, wenn jeder Volksgenosse diesen Kampf zu seinem eigenen macht. Gleichgültigkeit oder bürgerliche Rücksichtnahme darf es nicht geben. Wer von hochverräterischen Umtrieben weiß und diese nicht zur Anzeige bringt, macht sich des gleichen Verbrechens schuldig. Der kleinste Beitrag zum Hochverrat wiegt schwerer als Mord. Der Mord richtet sich gegen das Leben einzelner. Hochverrat bedroht das Leben des ganzen Volkes!“ (S. 125)

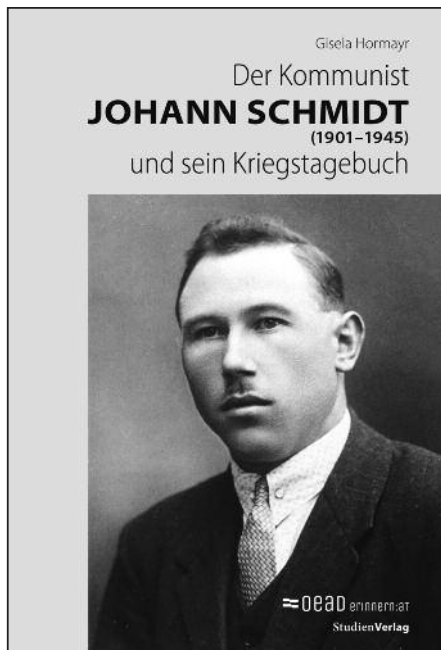
Ein besonderes Verdienst der Untersuchung Halbrainers ist es, dass er den Stellenwert der Sondergerichtsbarkeit mit ihrem Schwergewicht auf „normale“, per se nicht „politische“ Verbrechen verdeutlicht. Von den 814 Todesurteilen des Volksgerichtshofs gegen Österreicherinnen und Österreicher wurden 689 vollstreckt, wozu noch mindestens 19 Hinrichtungen von Verurteilten durch die Senate für Hoch- und Landesverrat bei

den Oberlandesgerichten Wien und Graz kamen. Insgesamt exekutierte die NS-Diktatur also rund 700 Personen als politische GegnerInnen. Mindestens weitere 700 Todesurteile ergingen durch die Sondergerichte, die – wie oben dargestellt – ab 1943 meist auch vollstreckt wurden. Dieses Verhältnis zwischen des Todesurteilen wegen „politischer“ und „krimineller“ Delikte, wobei zu ersteren auch Witze und Zweifel an den Lügen der Nazi-propaganda, und zu letzteren auch Formen der Kleinkriminalität zählten, die anderswo mit Geld- oder geringfügigen Haftstrafen geahndet wurden, vermittelt eine Vorstellung vom Ausmaß, in dem das NS-Regime die Bekämpfung der Alltagskriminalität dazu nutzte, vor allem mehrfach straffällig gewordene Menschen aus der Volksgemeinschaft „auszumerzen“. Heimo Halbrainers Untersuchung zeigt dies an Dutzenden Fällen auf anschauliche Weise. Damit wurde die Kriminalitätsbekämpfung zu einer Methode zur Durchsetzung nationalsozialistischer Politik und damit ein Instrument der politischen Verfolgung.

WINFRIED R. GARSCHA

Gisela Hormayr: Der Kommunist Johann Schmidt (1901–1945) und sein Kriegstagebuch. Innsbruck, Wien: Studien-Verlag 2024 (Studien zu Geschichte und Politik, Bd. 32), 168 S., 26,90 Euro

Seit einigen Jahren legt die Innsbrucker Historikerin Gisela Hormayr Bücher über unterschiedliche Aspekte der Verfolgung und des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in Tirol vor, so etwa „Letzte Briefe und Aufzeichnungen von Tiroler NS-Opfern aus der Haft“, „Opfer des katholisch-konservativen Widerstands in Tirol 1938–1945“ oder „Studierende der Universität Innsbruck als Opfer des Nationalsozialismus“. Daneben hat sie aber auch Bücher und Aufsätze über die Geschichte der Linken in Tirol geschrieben, wie „Tiroler SozialistInnen und KommunistInnen im Widerstand gegen Hitler“, „Aufbruch in die ‚Heimat des Proletariats – Tiroler in der Sowjetunion 1922–1938“ oder über „Josefine Schneider – eine Jüdin im kommunistischen Widerstand“. Sie nimmt damit eine Geschichtsschreibung wieder auf, die in den 1980er Jahren kurz aufflackerte und rasch wieder einschlief – die Geschichte der „Roten am Land“. Während damals vor allem die sozialdemokratische Arbeiterbewegung und deren Kämpfe in



den „roten Inseln“ in Westösterreich im Zentrum des Interesses standen, geht Hormayr in ihren Büchern auch auf die kleine Gruppe der KommunistInnen im katholischen Tirol ein. Im jüngst erschienen Buch in der von der *Michael-Gaismair-Gesellschaft* herausgegebenen Reihe stellt sie den Kommunisten Johann Schmidt aus Schwoich, einer damals keine 1000 Seelen zählenden Gemeinde bei Kufstein, vor.

Der 1901 in Wien geborene Johann Schmidt kam – nachdem seine Eltern früh gestorben waren – mit sechs Jahren in ein Waisenhaus nach Linz, ehe er nach einem sechsjährigen Schulbesuch zu einem Bauern in die Nähe von Wels zur Pflege gegeben wurde. 1919 marschierte er auf Arbeitssuche nach Tirol, wo er in und um Kufstein sein Geld als Hilfsarbeiter und Knecht verdiente. 1930 heiratete er, bereits ein Jahr zuvor war er Vater geworden. 1932 trat er der Kommunistischen Partei bei, in der er bis zum Verbot der Partei als Kassier in Schwoich fungierte. In der Folge hatte er keine Funktion mehr innerhalb der KPÖ, blieb aber – trotz der Anfeindungen und Verachtung in der kleinen Gemeinde – seiner politischen Überzeugung treu, wie er auch im Volksgerichtsprozess 1944 angab. Im März 1942 wurde er vom Arbeitsamt Kufstein zum Arbeitseinsatz beim Eisenbahnbau im Rahmen der „Organisation Todt“ nach Riga abkommandiert. Während seines Arbeitseinsatzes in Estland kam es in seiner Wohnung – auf Grund einer Denunziation – zu einer Hausdurchsuchung, bei der aber nichts Belastendes gefunden wurde. Die Gestapobeamtinnen nahmen allerdings das Radio und Lebensmittel mit, weshalb

Schmidt sich anlässlich seines Urlaubs beschweren wollte, wie er in einem Brief an seinem Sohn schrieb. Ob er die Beschwerde umsetzen konnte, ist ungewiss, denn an die Kreisleitung der NSDAP in Kufstein waren mehrere Anzeigen gegen ihn eingegangen. So etwa eine von der Frau eines Arbeitskollegen, die angab, dass dieser ihren Mann und andere „Gefolgschaftsmitglieder durch seine staatsfeindlichen und hetzerischen Reden“ beunruhige. Auf das hin wurde Schmidt nach seiner Rückkehr aus Riga am 7. August 1942 festgenommen und in den folgenden Monaten in verschiedenen Gefängnissen und Lagern – Innsbruck, Reichenau, Dachau, Wien – festgehalten, ehe er im Oktober 1944 nach Graz kam, wo er am Volksgerichtshof „wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung“ am 18. November 1944 zum Tode verurteilt und am 4. Jänner 1945 hingerichtet wurde.

Diese Lebensgeschichte breitet Hormayr in ihrer biografischen Skizze ebenso aus, wie die Geschichte der gescheiterten Bestrafung der Denunziantin nach der Befreiung 1945, und sie meint, dass die Biografie „auf den ersten Blick nicht mehr zu sein [scheint] als die Geschichte eines der zahllosen Opfer des NS-Regimes“. Was das Buch aber besonders macht, ist Schmidts „Kriegstagebuch“, das er am 1. Oktober 1939 begann und das auch nach seiner Verhaftung unentdeckt blieb. Eine Auswahl aus seinen monatlichen Eintragungen hat Hormayr in ihr Buch aufgenommen und gibt damit einen Einblick in sein politisches Denken. Dabei sind seine Analysen – es gibt auch Fehleinschätzungen – vielfach klarer, als die der großen Mehrheit – so sie sich überhaupt kritisch mit den damaligen Ereignissen auseinandergesetzt haben. So steht für ihn bereits im November 1939 fest, dass der Krieg von langer Dauer sein wird und die Entscheidung am Ende, ungeachtet des bestehenden Bündnisvertrags, im Machtkampf zwischen Deutschland und der Sowjetunion fallen werde. Die Folgen für die deutsche Bevölkerung würden verheerend sein: „Es wird aber der Tag kommen, vielleicht schon bald, an dem der Bombenregen beginnen wird. Frauen, Kinder, Greise und Kranke werden dann genau solche Opfer bringen müssen, wie die Soldaten an der Front. Möge das Schicksal das deutsche Volk vor diesem sinnlosen Morden bewahren!“ Und nach der Bombardierung Londons, Coventrys, Birminghams vermerkte er Anfang März 1941: „„Heldentum“ nennt man es, wenn

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Johannes Breit, Jürgen Enser, Winfried R. Garscha, Harald Grün, Heimo Halbrainer, Manfred Mugrauer, Karin Oberegelsbacher, Georg Pichler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

man friedliche Städte dem Erdboden gleichmacht. ‚Heldentod‘ nennen sie es, wenn die Soldaten ihr junges Leben opfern und nicht einmal wissen, warum. ‚Verrat‘ nennen sie es, wenn aufrechte Menschen gegen den imperialistischen Krieg Stellung nehmen und ihn verurteilen. ‚Volk ohne Raum‘ brüllen sie und fördern gleichzeitig die Kinderzeugung und maßen sich das Recht an, als Herrenmenschen andere Völker zu unterjochen. ‚Sozialismus‘ sagen sie und schlagen alle wahren Sozialisten tot, martern sie und lassen sie in ihren KZs verrecken. ‚Volksgemeinschaft‘ predigen sie und verschärfen durch ihre Gesetze die Gegensätze zwischen Arm und Reich. Man will die Gleichschaltung, man befiehlt den unbedingten Gehorsam, auch den Gehorsam zu morden. [...] Die Herren mögen zur Kenntnis nehmen, daß man auch ohne Hochschulbildung und ohne Parteischulung einen gesunden Menschenverstand besitzen kann, daß man deshalb doch die Wahrheit von der Lüge zu unterscheiden weiß.“

HEIMO HALBRAINER